

Die "Volksmacht" erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Grunerstr. 1/6, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 1,50, per Woche 35 Pf. Durch die Post bezogen 1,75, frei ins Haus 2,00, wo keine Post am Orte 2,25.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inserentenpreise sind für die gewöhnliche Anzeigensweise über dem Namen des Verlegers, für Anzeigen und Verlagsausgaben 15 Pfennige. Gebiete für die nicht in Nummer 115 des Verlegers 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 229.

Dienstag, den 2. Oktober 1906.

17. Jahrgang.

Warum treiben wir Kommunalpolitik.

Wenn man eine Reihe von Verwaltungsberichten unserer größeren Städte überflieht, so drängt sich sofort eine bemerkenswerte Erscheinung auf: das stetige Anwachsen des Umfangs dieser Berichte. In den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts genügte ein dünnes Heft für den Bericht einer Stadt, wie Berlin, der nicht ein Jahr, sondern ein ganzes Jahrzehnt umfaßte. Heute veröffentlicht Berlin jedes Jahr einen umfangreichen Bericht in Großformat, und alle 5 Jahre eine Zusammenfassung der jährlichen Berichte in drei bänden. Und was für Berlin gilt, gilt auch für alle anderen Städte. Bei uns in Breslau wird bisher der Verwaltungsbericht auf den Zeitraum von 3 Jahren erstattet, doch jedesmal ist es ein stattlicher Quartband von mehr als 1000 Seiten Umfang. In dieser Erscheinung drückt sich das stetige Wachsen der kommunalen Tätigkeit klar und deutlich aus, ferner aber auch das Bedürfnis der verwaltenden Körperschaften, über die von ihnen geleitete Verwaltung ihren Wählern Rechenschaft zu geben. Und dieses Bedürfnis wäre nicht vorhanden, wenn nicht in den letzten Jahrzehnten das Interesse der Öffentlichkeit an der öffentlichen Verwaltung im allgemeinen, speziell aber an der kommunalen Verwaltung außerordentlich gewachsen wäre. In der Tat ist das Tätigkeitsgebiet aller Gemeinden, vor allem aber unserer größeren Städte, im Laufe der Jahre ganz unendlich viel größer geworden. Beschränkte sich früher die kommunale Verwaltung auf die Verwaltung des kommunalen Grund und Bodens und des Gemeinbewerkgens, auf die Erhaltung und Fortführung des Regenerges und den polizeilichen Schutz, so hat die moderne Zeit ihr eine Fülle neuer, großartiger Probleme gestellt, deren Lösung sie langsam in Angriff genommen hat. Das Zusammenballen großer Bevölkerungsmassen, besonders durch die industrielle Entwicklung, revolutioniert, wie Dr. S. Lindemann in der „Kom. Praxis“ treffend ausführt, das ganze Leben der Gemeinden. Die zuströmende Bevölkerung mußte untergebracht werden, und wenn die städtischen Verwaltungen auch nur in den seltensten Fällen ihre Hausung selbst in Angriff genommen haben, so setzte doch dieser Zustrom und die dadurch bedingte private Bautätigkeit die städtischen Verwaltungskörperperschaften nach den verschiedensten Richtungen in Bewegung. Es mußten Straßen in den neuentstandenen Quartieren angelegt werden. Mit der Bevölkerung, die sich auf engem Raume sammelte, wuchs die Masse der Abfallprodukte, deren schnellste Entfernung das Interesse an der Erhaltung der öffentlichen Gesundheit forderte. Eine geordnete Kanalisation, Wasserzufuhr, Reinigung der Straßen, Abfuhr der Hausabfallstoffe wurden notwendig. Die entstehenden Krankheiten, namentlich diejenigen infektiöser Art, mußten bekämpft, dann aber vor allem mußte ihrem Entstehen durch besondere Maßregeln vorgebeugt werden. Es wurde das ungeheure Gebiet der Volkshygiene in erster Linie eine Aufgabe der städtischen Verwaltung.

Die letzten Jahre mit ihrer fortgeschrittenen Verteuerung der Lebensmittel treiben die städtischen Verwaltungen im Verfolge ihrer vorbedingenden Hygienepolitik auf das Gebiet der Volksernährung. Ist man zu der Erkenntnis gekommen, daß es besser ist, den Krankheiten vorzubeugen, als sie zu bekämpfen, und hat sich ferner die Erkenntnis durchgesetzt, daß die beste Präventivmaßregel gegen die Erkrankungen jeder Art ein guter Ernährungszustand ist, so muß die Fürsorge für die Ernährung der städtischen Bevölkerung sich von selbst als eine wichtige Aufgabe der städtischen Verwaltung aufdrängen. Je stärker die agrarische Auswanderung der städtischen Bevölkerung in den letzten Jahren vorzugehen hat, um so energischer muß die Gegenreaktion dieser Bevölkerungsklassen sein, und um so schmerzlicher die Kommunalisierung der Versorgung dieser Bevölkerung mit den wichtigsten Stapelartikeln eintreten. Nur ein Beispiel zum Beleg unserer Behauptung. Während noch zu Anfang der 90er Jahre ein Eingriff der Städte in die Milchversorgung von den bürgerlichen Hygienikern und Sozialpolitikern mit wenigen Ausnahmen abgelehnt wurde, haben sich in den letzten Jahren die Stimmen, die eine kommunale Kindermilchversorgung verlangen, nicht nur außerordentlich gemehrt, sondern es ist auch eine ganze Anzahl von Städten, wie zum Beispiel Aachen, Berlin, Charlottenburg, Cleve, Düsseldorf, Essen, Breslau usw. dazu übergegangen, zwecks Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit Säuglingsmilch in fertigen Portionen oder wenigstens abgekocht und abgefüllt in städtischer Regie zu verteilen. Die fortgehende Preissteigerung der Milch, die eine schwere Belastung der städtischen Bevölkerung bedeutet, und den Gesundheitszustand der jüngsten und jüngeren Altersklassen aufs schwerste bedroht, muß die Verwaltungen über die Tätigkeit der Verteilung hinaus dazu antreiben, die Produktion, entweder nur regelnd, oder als Selbstunternehmer anzugreifen. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Fleischversorgung. Es sind nicht mehr allein sozialistische Theoretiker und Politiker, die das Gebiet der Nahrungsmittel-Versorgung, soweit die wichtigsten Stapelartikel in Betracht kommen, als reif für die kommunale Tätigkeit bezeichnen.

In dem Maße, wie die Städte zu Standorten der modernen Großindustrie geworden sind, drängen sich ihnen ferner auch die Probleme der Sozialpolitik auf. Als die historischen Träger der Armenfürsorge haben sie nicht nur ein wesentliches Interesse daran, daß die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, die den größten Teil ihrer Bevölkerung ausmacht, nicht nur gegen die stetigen Angriffe des Kapitals gesichert wird, es erwächst ihnen vielmehr weitergehend die Pflicht, die Arbeiterklasse bei ihren Kämpfen um die Hebung ihrer Lebenshaltung zu unterstützen, da mit ihr das Wohl und Wehe der Gemeinschaft aufs engste verbunden ist. Der Arbeiterschuh im Submissionswesen, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsnachweis, die Einrichtung von Notstandsarbeiten, die Förderung der gewerkschaftlichen Bestrebungen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung, der Ausbau der sozialen Gesetzgebung, soweit sie das Versicherungswesen, die Sonntagsruhe, die Beilegung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrage, den Bau-

Arbeiterschuh usw. betreffen, das sind einige Punkte aus dem großen Gebiete kommunaler Sozialpolitik. Dazu kommt, daß die Städte selbst große Arbeitgeber geworden sind, denen daran liegen mußte, sich eine Arbeiterschaft von größter Loyalität und nicht geringerer Zuberlässigkeit um so mehr zu beschaffen, als sie in immer wachsendem Umfang den Betrieb von Gasanstalten, Elektrizitätswerken, Straßenbahnen usw. übernahmen. Die städtischen Arbeiterheere, die in den großen Städten nach Tausenden zählen, bringen die Gemeinden in die unmittelbarste Berührung mit den wichtigsten Problemen der Arbeiterpolitik, deren Lösung für sie von ganz anderer Bedeutung wurde, als für den einzelnen privaten Unternehmer.

Hat die sozialpolitische Tätigkeit der Städte das Ziel, die wirtschaftlich schwächeren Klassen der städtischen Bevölkerung, vor allem die Arbeiterschaft, in ihrem wirtschaftlichen Existenzkampf zu unterstützen, so soll eine rationelle Armenpflege den schiffbrüchig gewordenen Existenzen wenn irgend möglich wieder auf die Beine helfen, und andererseits den arbeitsunfähig gewordenen, soweit für sie durch andere Institutionen überhaupt nicht oder in nicht ausreichender Weise gesorgt ist, eine menschenwürdige Existenz ermöglichen.

Schließlich wäre noch der ungemein wichtigeren Aufgaben zu gedenken, welche die Gemeinden auf dem Gebiete des Schulwesens und der allgemeinen Volksbildung zu erfüllen haben. Die Gemeinden sind im weitesten Sinne des Wortes Träger unserer heutigen Kultur, und haben daher für die Bildung des Volkes einzutreten, soweit nicht der Staat durch seine Institutionen (Universitäten, Polytechniken, Kunstschulen usw.) dafür gesorgt hat. Das Volksschul- und Fortbildungswesen, die Fürsorge für Volksbibliotheken und Lesehallen, Theater usw. sind ebensoviele Teile dieses großen Gebietes.

Diese kurze Aufzählung der wichtigsten Tätigkeitsgebiete der kommunalen Verwaltung, die durchaus nicht den Anspruch darauf erhebt, vollständig zu sein, beweist zur Genüge, wie umfangreich die kommunale Verwaltung geworden ist, und welche Bedeutung sie für das moderne Leben gewonnen hat. Die Tätigkeit der Gemeinde ist tatsächlich viel umfangreicher, das Leben des einzelnen viel tiefer und nachdrücklicher erfassend als die des Staates. Eine gute Gemeindeverwaltung ist für den Bürger viel wichtiger, als eine gute Staatsverwaltung, so wenig die eine ohne die andere sein kann. Es ist das allgemeine für die gesamte Einwohnerschaft, ja noch mehr für die Arbeiterklasse, die mangels ihrer wirtschaftlichen Kraft viel mehr auf den Schutz und die Förderung der öffentlichen Körperschaften angewiesen ist, als die besthende Klasse. Der Nichtbestehende ist schon allein durch die Art seiner Hausung in den großen Mietkasernen allen Gefahren des gedrängten Zusammenlebens viel mehr ausgesetzt, als der Reiche. Die schlechteste Wasser- und Abwasserführung sind für ihn gerade gut genug, wenn nicht die städtische Verwaltung, sondern das private Unternehmertum dafür zu sorgen hat. In der Höhe der Sterblichkeitsziffer, die in erster Linie durch die Sterblichkeit der Nichtbestehenden bedingt ist, kommt der Einfluß der städtischen Verwaltung auf ihr Leben recht deutlich zum Ausdruck.

Das Weiberdorf.

Roman aus der Eifel von Clara Viebig.

16]

[Nachdruck verboten.]

Dunkel lag Eilschmitt; nur in wenigen Häusern schwacher Lichtschein, die Straße leer. Am eindüster plätschernden Brunnen standen noch ein paar Weiber und wuschen ihre Füße in dem ausgehöhlten Baumstamm, der als Brunnenrost diente. Sie hatten ihre Röde hochgeschürzt; in dem Mondstreif, der jetzt durch's Nachtwindloch brach, schimmerten ihre nackten Arme und Beine lödend silberweiß.

Peter fühlte wieder das seltsame Gesehln, jenen wunderlichen Schauer, der ihm leise über den Rücken hinabrieselte, sein Blut für Augenblicke erstarren machte, um es dann desto heftiger anzutreiben.

Unweit ihrer Hütte strich eine Gestalt an ihnen vorbei; Peter glaubte Tina zu erkennen an ihren glühenden Augen und der geschmeidigen Bewegungen. Sie schlüpfte zwischen ihm und der Heide durch; für eine Sekunde fühlte er seine Hand gestreift von heißen, feuchten Fingern — dann war's vorbei, verschwunden wie ein Spul. In der Ferne noch ein leis verflingendes Rachen.

In der Nacht träumte Pütchen schwer. Er ging denselben Weg, den er heute der Jeth entgegengegangen war. Aber oben am Kaisergarten wandte er sich rechts, gen Erschlitten zu; er mochte wollen oder nicht, er mußte dahin. Es puffte ihn von hinten was in den Rücken, ein starker Wind blies ihn fort.

In der Ferne hörte er Stimmen, sie riefen und lockten: „Pütchen! Komm, Pütchen!“

Rufen klug dahinter — jetzt hörte er die Jeth rufen, und jetzt die Tina — jetzt stelen andere bekannte Stimmen ein: „Pütchen! Pütchen!“

Wo war er denn? Erschrocken sah er sich um. Da ging er durch die Heide, der Wind schobte drüber hin mit unheimlichem Mägelauten.

Er wollte nicht weiter gehen, umkehren — sein Fuß frauchelte über abgestorbene Sträucher, es roch nach Bech und Schiefel. Eine glühende Luft schlug ihm entgegen wie Flammenhauch, verjagte ihm Haar und Brauen und tief innen im Leib das Herz.

Er wollte Hilfe schreien und konnte nicht. Fern, fernab tönte heiseres Gundegebell — das waren die Hunde von Erschlitten! Hilfe, Hilfe, dorthin!

Er wollte laufen und konnte nicht. Er stand wie festgezurrt.

Der Boden war heiß, als brenne unterirdisches Feuer darunter. Und da war ein Kreis seltsamer grüner Pflänzchen, wie abgestirbt standen sie im Kranz mitten auf totem verbranntem Land; im schwelligen Licht, das die Nacht erhellte, sah er deutlich ihr giftiges Grün.

Hilfe, Hilfe! Der Hengentrang! Hatte ihn seine Mutter nicht schon als Kind dort, sich betreuigend, vorüber geführt und schon geflüstert: „Bei es' net gehuer!“ Da tanztet normal die Segen, und lobendes Feuer prasselte auf. Der Boden verbrannte unter ihren Füßen; nur diese Pflänzchen sproßten, grüne Stengel, ohne Blatt und Blüte, das einzig Lebendige ringsum.

„Pütchen, Pütchen!“
Wer rief?
Im Flamenschein hüpften ihm Gestalten entgegen mit raschelfenden Rücken und klatternden Haaren, sie lachten und winkten und riefen und streckten die Arme nach ihm und reichelten sich die Hände und wirbelten um ihn in tollem Tanz. Immer toller, toller — immer wilder, wilder — Weiber, Weiber, lauter Weiber!

Und auf einmal stand die Jeth mitten im Kreis, sie hatte die Seitenhänge wie ein Mäntchen um die Schultern hängen und den neuen Untertod an — weiter nichts. Sie schlug die andern auf die ausgestreckten Finger und lachte hell.

„Dän es mein!“ Sie warf den Untertod und die Schürze ab — da stand sie nackt und schön im Flamenschein und sprach gebieterisch: „Kaaf mer e net Kleid!“

Laut kreischten die andern auf, heulend sprangen sie in die Höhe, sie wurden zu Flammen, die ihm entgegenzungen — „Jesus! Maria! Josef!“ — Da, der Boden wich ihm unter den Füßen, er tat einen tiefen Fall, abgrundtief —

Mit einem Schrei erwachte Pütchen.

Der Mond schien hell durch's unterdünge Fensterchen, mitten auf das zerlumpfte Federbett. Der Kopf der Jeth lag schwer auf seiner Brust und drückte ihn.

Sie schloß mit offenem Mund und schnarchte regelmäßig.

Nach dem Grauen des Traumes ersaft, rüttelte er sie: „Jeth, Jeth, Jeth!“

Sie wachte nicht ganz auf, schlaftrunken öffnete sie nur ein Spälchen die schwarzen Lider.

„Dat Kleid,“ lachte sie. — „Kleid — kaaf mer e schten net Kleid!“

VI.

Lucia Miffert hatte ihren Mann seit Wochen gequält, den ganzen Tag und die Nacht auch. Sie hatte so angesetzt, wie ein bitteres Kind und ihn damit wieder heile von sich

geschlossen. Sie hatte gebettelt, geschmolkt, gedroht; sie bestand auf ihrem Recht, sie wollte ihr neues Kleid.

Zeit gestern war der Reisende wieder im Dorf. Mit Mut und Angst im Herzen hatte Pütchen das Bügelchen antommen sehen; hinten aufgeschmolkt wandten zwei hohe Mutterköpfe.

Beim alten Krumpfschmid war der Reisende abgestiegen, da hatte er seine Wuster und Waren zur Schau ausgestellt. Die Weiber rannten hin und staunten über feilscher; auch Lucia war unter ihnen. Sie blieb stundenlang aus; längst waren die anderen zurück — Peter hatte aufgepaßt — noch immer kam sie nicht! Da ging er hin, sie zu holen.

Es war ein trüber Herbsttag. Unten im Tal an geschützten Stellen war's zwar noch leicht, aber oben auf den Höhen sauste der Oktoberwind mit Ungehum und legte ganze Latminer, welcher Wälder die Gänge hinunter. Der Wald stand traurig.

Die Dorfstraße war schmutzig, zum Durchwaten; an Stellen, wo das Pflaster fehlte, sank man ein bis über die Knöchel. Ein modriger Geruch stieg von Gärten und Ställen auf, es hatte acht Tage ohne Unterlaß geregnet.

Gegen das Ende des Laies, nach Stimmerod, war die Aussicht verberert; die Ruinen des heiligen Bernabus hüllten sich in Regenbunst und Nebelwolken. Quirlend, brausend wirbelte die Salm dahin; ihr Nares Wäfferschen war zu lehmigten Wogen geworden mit Röhren von milchigem Gisch.

In allen Ecken und Enden tropfte es; vom Himmel herab, der sich wie ein Trauertuch spannte; von den Säumen, die ättern die schwarzen Kasse reiten — hie und da hielt noch eine Ederese an der Ghauffee eine Dolbe verjümpelter, roter Beeren fest — von den Dächern, die, tiefend, tief über den durchweichten Hausmauern hingen.

Alles war dunkler von Nässe, ohne Farbe, schwer und unluftig.

Als Peter am Schnetberchen Händchen vorbeiging, hörte er hinten vom Stall her über den Hof weg, laumende Kufe schallen, Heulen und Winseln. Er guckte in das papierverleibte Fenster vorn neben der Haustür. Drinnen in der Stube lag der alte Schnetber im Bett, da kroch er hinein, lachte es kalt wurde; die Frau sah am Tisch, hatte ihren Kaffeelöffel vor sich und ruppste mit dem Finger die letzten Bratbrotkrumen von ihrer Schürze.

Wieder das Gesehln, das nichts Menschliches hatte! Und doch schrie sein Tier.

Peter klopfte an die Scheiben: „Hä! hä! Was, es denn hel passiert?“

Die Schnetberin öffnete das Fenster ein Rischen und schaute ihre Hände heraus. „Dat Bäss,“ sagte sie taufsch und wollte streng wieder zuhagen, als schrie sie ein Nimm Wärme wäde von hinten ansetzen.

Die arbeitende Klasse hätte daher viel größeren Anlaß, sich um die kommunale Verwaltung zu kümmern als die Besitzende, da es sich bei ihr um Tod und Leben handelt, bei der Besitzenden um ein mehr oder weniger des Besten, und die Sozialdemokratie als die Vertreterin der nichtbesitzenden Klassen muß daher gerade diesem Gebiete ihre größte Aufmerksamkeit zuwenden. Sie muß Kommunalpolitik treiben, will sie die Pflichten gegen ihre Auftraggeber erfüllen.

Dazu kommt noch ein anderes. Die Gemeinden sind die wichtigsten öffentlichen Körperschaften, in denen der Bürger selbstbewußt und aktiv tätig sein kann. Das direkte Demokratie, das wir in Deutschland überhaupt haben, findet sich in den Gemeinden, wenn wir von den Körperschaften absehen, die, wie die Frankfurter, engbegrenzte Aufgaben für bestimmte Bevölkerungsstellen zu lösen haben. Die Gemeindeverwaltung bietet also die einzige Gelegenheit, direkten Einfluß auf die öffentliche Verwaltung auszuüben. Und von dieser Gelegenheit muß daher um so entschließener Gebrauch gemacht werden. Eine große Partei kann nicht nur agitatorisch und propagandistisch tätig sein. Sie muß praktische Verwaltungsarbeit leisten, will sie nicht verflachen und den Zusammenhang mit den wirklichen Zuständen verlieren. Die Möglichkeit des Erfolges ist ferner bei der Gemeindeverwaltung viel größer als bei der Staatsverwaltung. Die Einwohnerzahl einer Gemeinde steht ihrer Verwaltung viel näher, kann infolge der periodischen Wahlen, die direkt auf die Zusammensetzung des Verwaltungskörpers einwirken, ihre Ansichten viel entschiedener durchsetzen, als das bei der Staatsverwaltung der Fall ist, wo die staatliche Bürokratie zwar der Kritik der gelegentlich unterliegt, im übrigen aber ihr unabhängig gegenübersteht.

Jeder Aufbau, auch der wirtschaftliche und soziale, muß sich von unten vollziehen. Alles neuorganisatorische Streben muß daher vor allem bei den Gemeinden einsetzen. Hier, in der Gemeindeverwaltung, muß daher von unserer Partei der Hebel angelegt werden. Die Wichtigkeit dieser Behauptung wird man aber erst dann voll einsehen können, wenn man sich von der Auffassung frei gemacht hat, daß wirtschaftliche und staatliche Organisationen sich zentralistisch betreiben lassen. Das alttestamentarische Befehlswort: „Es werde“, das in dem Bildungsprozeß moderner Staaten und Gesellschaften keine Stelle.

Politische Uebersicht.

Tote Seelen.

Was man von der Müdigkeit des Zentrums zu sagen pflegt, trifft vollkommen für die Gegenden zu, in denen die Sozialdemokratie bereits mit dem schwarzen Gegner in Führung gekommen ist. Dort, wo die Essen rauchen und die Hammer bröhlen, wo die Welt im Zeichen eines hochentwickelten Kapitalismus und lebendigen Klassenkampfes steht, ist die Tätigkeit der Zentrumsmitglieder fieberhaft angepannt; ihre Agitation und Organisation hat dort Stellen ertrungen, die von der Sozialdemokratie nur in ähmem Kampfe gewonnen werden können.

Draußen aber vor den letzten Häusern der Fabrikstädte liegt viel dunkles, kaltes Land. Und dort, wo das Zentrum unbefritten herrscht, fehlt alles politische Leben, alle staatsbürgerliche Regsamkeit. Dort liegt man so erdabt ein Zentrumsgesandener in der „Germania“ im „Hoffen politischen Winterschlaf“. Es ist ja alles, „so gut zentrumstreuer“, die Leute sind so „brab“, ich bin meiner Leute sicher — so hört man in jenen stillen Gegenden die Zentrumsführer sprechen. Jetzt regt der Zentrumsabgeordnete der „Germania“ eine ganz revolutionäre Neuordnung an. Die Abgeordneten sollen nämlich — man behüte! — ihren „siceren Besitz“ über ihre Tätigkeit im Reichstage Bericht erstatten. Bisher ist der gleichen nicht dagewesen. Und allzuoft möchte der Antragsteller auch nicht borgehen, denn er schreibt:

Seit ich die Abgeordneten, die ein halbes Jahr in Berlin weilten, am Schlusse der Session sehr ermüdet und fordern deshalb Ruhe; niemand wird fordern, daß sie sofort wieder in die Botschaftsversammlungen gehen. Aber von Mai bis September ist auch eine lange Zeit, und da kann man ausruhen. Deshalb wird auch jeder Abgeordnete dem Ruf nach einem Wiederkehr gern Folge leisten. Aber wie viele Zentrumsorganisationen sind denn regelmäßig an ihren Abgeordneten mit einer solchen Bitte herangetreten? ... Wir fragten einmal einen Zentrumsabgeordneten, der seit beinahe zwanzig Jahren dem Reichstage angehört, wie oft er schon zur Richterkrone gelangen konnte sei Antwort: „Niemand! Ich bin einmal aus freiem Antrieb kam, sagte man mir, ich möchte mich nicht bemühen, die Wähler für besten ein solches Referat nicht.“

Das sind die „überzeugten Anhänger“ des Zentrums! Leute, die auf Harrens Gehet ihre Abgeordneten wählen, den zu setzen und zu hören sie zwanzig Jahre lang nicht das geringste Bedürfnis empfinden! Die vollkommenste politische Leichtigkeit, die absolute Gedankenlosigkeit, der stille Stumpfsein sind die mächtigsten Verbündeten unserer Gegner. Von den drei Millionen, die bei den letzten Wahlen für die Sozialdemokratie ihre Stimme abgaben, ist jeder Mann durch Kampf und Anstrengung geworden worden. Aber jetzt sind, die da geistig arm sind, und den Samen gibt es der Herr im Schlafe: Wohl ihm! Aber die Sozialdemokratie braucht wahrhaftig nicht eine Partei zu beneiden, deren Macht auf der Ueberzeugungslosigkeit ihres Anhänger beruht, und sie braucht auch die Hoffnung nicht aufgeben, daß es ihr gelingen werde, aus diesen toten Seelen zu wecken. Nur dort, wohin sie bereits mit ihrem ersten Anstöße gebracht ist, herrscht Kampf und geistige Regsamkeit. Es kann nicht fehlen, daß bald auch über die stillen Zentrumsgegenden ihr politischer Ruf klingt: „Habt Ihr denn noch nicht genug geschlafen?“

Reiser und Papp.

Der werte Streik zwischen dem deutschen Kaiser und dem russischen Kaiser ist mit dem Ende der russischen Reichsverfassung zu Ende gegangen. Die russische Reichsverfassung ist mit dem Ende der russischen Reichsverfassung zu Ende gegangen.

mehr und mehr in den Hintergrund; beide vereinigen sich, um die bestehende Staats-, Kirchen- und Gesellschaftsverordnung gegen den Ansturm des Proletariats zu verteidigen. Der protestantische Kaiser Wilhelm II. schaute sich der Fremdschaft des dreizehnten Leo, und in Deutschland regiert die elst als reichsfürstlich verordnete ultramontane Partei.

Desto auffälliger muß es erscheinen, daß neuerdings wieder Anzeichen einer bevorstehenden Aenderung auftauchen, die zwar noch keineswegs von entscheidender Bedeutung sind, dennoch aber beachtet zu werden verdienen. Je mehr sich nämlich die Gegensätze zwischen dem Vatikan und der französischen Republik zuspitzen, desto stärker verbreitet sich in Frankreich die Meinung, daß die katholische Kirche ein diplomatisches Spiel zugunsten Deutschlands spiele, und in dem Bestreben eine solche für die Kirche in Frankreich sehr gefährliche, Auflösung zu mildernden, tragen vorkünftliche Zeitungen neuerdings eine stark deutschfeindliche Haltung zur Schau. So lobt „Vera Roma“ den „patriotischen Widerstand“, den Elsäß-Lothringen gegen die Germanisationsbestrebungen richte und beteuert, daß Pius X weit davon entfernt sei, sich als „Vasall“ Wilhelms II. zu fühlen. Im Gegenteil wird berichtet, daß der Papst durchaus keine sehr lebhaften Sympathien für diesen „bergerischen Fürsten“ habe. Mit großem Recht läßt sich das Orpan des Papstes scharfe Kritik an der preussischen Außenpolitik, die trotz aller Toleranzbetreibungen noch heute die Polen verfolge, „weil sie zu Gott in ihrer Muttersprache zu beten wagen.“

Das päpstliche Organ tate allerdings gut, sich zunächst gegen seine eigenen Glaubensgenossen im Reiche zu wenden. Die schwächliche, alles duldbende Haltung, die das Zentrum aus diplomatischen Rücksichten der Polenhege gegenüber einnimmt, ist wahrhaft schimpflich. Wo bleibt die geforderte „Durchbringung des gesamten öffentlichen Lebens mit christlichem Geiste“, wenn die frommpatristischen Polen beim Willkür nicht in ihrer Muttersprache beten müssen? Das französische Trennungsgesetz beweist im Grunde gar nichts anderes, als dem Staate auf der einen Seite, der Kirche auf der anderen ihre volle Freiheit und Selbständigkeit zu geben, während die germanisatorischen Maßnahmen des deutschen Ostens nichts anderes, als barbarisch-unduldbare Ermangelsregeln eines rückständigen Polizeistaats sind. Jeder religiös gestimmte Mensch muß gewalttätige Eingriffe in die Sprache des Kultus und des Religionsunterrichts als wirkliche Religionsknechtung empfinden. Trotzdem wendet sich gegen das freiheitliche Trennungsgesetz Frankreichs aller Aufwand der katholischen Entstellung, während die relationsknechtliche Gewaltpolitik Preußens von den Frommen nicht bloß gebildet, sondern von halatistisch gesinnten Geistlichen geradezu noch gefördert wird. Kein Wunder also wäre es, wenn man im Vatikan einmal davon läme, daß man in Preußen nicht Kamele schlucken kann, wenn man in Frankreich Mäden frist.

Allerdings wäre es vorzuziehen, wollte man aus dreiheiligen Anzeichen den Schluß ziehen, daß in Deutschland wirklich eine Erneuerung des alten Habens bevorstehe. In Kampfe gegen die grundstürzende moderne Weltanschauung sind die katholische Kirche und der veraltete preussische Staat viel zu sehr aufeinander angewiesen, als daß sie sich leichtest gegenseitig trennen könnten. Die katholische Kirche, ihrer privilegierten Stellung in Frankreich beraubt, bedarf dafür desto dringender der Protektion des preussisch-deutschen Staates, der selbst wieder in die schwierigsten Konflikte geriet, wenn er das Zentrum, die Partei der katholischen Kirche, vor den Kopf stoßen wollte. Sobald freilich die Polen zu begreifen anfangen würden, daß die Sozialdemokratie, die einzige große Partei Deutschlands ist, die ihrem Program gemäß für die volle, gesetzliche Freiheit jeder politischen und religiösen Uebergangung, jeder Klasse und jeder Nation eintritt, würde sich das regierungsfremde und kollektive Zentrum in die unangenehmste Lage der Welt verlegt finden.

Stundt ist und bleibt konsequent. In dem Charlottenburger Schulstreit hat es eine gewisse Erregung hervorgerufen, als in diesem Frühjahr die Regierung die Wahl des Stadtverordneten Dr. Benzig zum Mitglied der städtischen Schulbehörde nicht bestätigte. Die Angelegenheit wurde seinerzeit auch im Abgeordnetenhaus besprochen. Als der Magistrat nach dem Grunde der Nichtgenehmigung forschte, wurde ihm bedeutet, Dr. Benzig, der Mitglied der liberalen Fraktion ist, sei Dissident und habe als solcher seine religiöse Auffassung in einer pädagogischen Schrift niedergelegt. Der Magistrat wurde von der Stadtverordnetenversammlung gebeten, beim Kultusminister Beschwerde wegen der Nichtbestätigung aus diesem Grunde einzulegen. Der Minister hat nunmehr die Beschwerde zurückgewiesen und die Ablehnung als berechtigt anerkannt.

Es gehört eine starke Dosis Naivität dazu, eine andere Entscheidung, als die von Studt getroffene, erwartet zu haben.

Der Braunschweigische Thron ist noch immer nicht besetzt. Der braunschweigische Staatsminister Doktor von Otto war beim Reichskammer und wird dem Regentschaftsrat über den Erfolg oder Mißerfolg Bericht erstatten. Was sonst inzwischen geschehen ist, haben wir unsern Lesern schon mitgeteilt. Nun dürfte nur sein, daß sich der tatsächliche Erbe des Thrones, der Herzog von Cumberland in Gumbinnen jetzt auch einem höheren braunschweigischen Staatsbeamten gegenüber geäußert hat. Er wäre gern bereit, seinen Frieden mit Preußen zu machen. Man glaubt auch, daß er für seine Person auf die Thronfolge in Braunschweig verzichten werde, um seinen Söhnen eine selbständige Entscheidung zu ermöglichen. Wie die Dinge sich aber in der letzten Zeit entwickelt haben, wird wohl von preussischer Seite das erste Wort in der Angelegenheit gesprochen werden.

Die Beratungen des Bundesrats werden in dieser Woche wieder aufgenommen werden; wie verlautet, wird am Donnerstag, 4. Oktober, die erste Plenarsitzung nach den Sommerferien stattfinden. Gegen Ende Oktober begannen die Beratungen über den Reichshaushaltsetat für 1907.

Es verlautet aus zuverlässiger Quelle, daß der Präsident des Reichstages, am 18. November die nächste Plenarsitzung des Reichstages einberufen.

Steuergesetz. Die Taschen auf! Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Am 27. und 28. September haben Konferenzen von Vertretern der Bundesregierungen in Eisenach stattgefunden, in denen über einzelne Ausführungsbestimmungen der Vereinbarungen über die Reform der deutschen Personen- und Gewerbesteuer beraten wurde. Ueber alle wesentlichen Punkte ist ein erfreuliches Einverständnis erzielt worden, so daß nunmehr mit Sicherheit auf das Inkrafttreten des Reformtarifes auf der bekannten Grundlage am 1. Mai gerechnet werden kann.

Zur Radwahl im 10. Reichstagswahlkreis. Der Liberale Landesverband, ein Parteigeilde in Sachsen, von dem nur der Name existiert, dessen politische Richtung die Verbindung zwischen Güntherscher Phrasologie und nationalliberaler Charakterlosigkeit darstellt, dieses Parteigeilde hat jetzt die Welt durch folgende Erklärung an sein Dasein erinnert:

Der Liberale Landesverband, der auf dem Boden der freisinnigen Vereinigung steht, begrüßt es mit Freuden, daß die freisinnige Volkspartei im Wahlkreis Oßeln gegen Prof. Dr. Gasse mit einer eigenen Kandidatur hervorgetreten ist. Herr Prof. Gasse stellt eine reaktionäre Anschauung dar, daß ein konservativer Führer in Leipzig, gelegentlich der letzten Reichstagswahlen erklärte: Wir können ihn getrost als den Unfreien betrachten. Der Liberale Landesverband fordert daher seine Anhänger auf, geschloffen für den Kandidaten der freisinnigen Volkspartei, Herrn Stadtverordneten Lehrer Wed, einzutreten.

Wenn der freisinnige Kandidat nunmehr nicht siegt, dann geht es nicht mit natürlichen Dingen zu.

Nach Breslauer Muster. Eine merkwürdige Begründung ab der Magistrat von Bayreuth einem Beschlusse, die dortige Polizei besser zu bewaffnen. Die Schusswaffen sollen nämlich in Breslau neben dem Säbel noch mit Armeerevolvern ausgerüstet werden, weil sie in letzter Zeit öfters von freilebenden Arbeiter verdirbt worden seien!

Die Verhöhnung der Polizei, die nach dem Strafgesetzbuch höchstens einige Wochen Gefängnis eintragen kann, wird also in dem „liberalen“ Bayreuth als todeswürdiges Verbrechen betrachtet, das mit dem Tode geahndet werden muß.

Landtagsneuwahl. Durch die Verurteilung des Landtagsabgeordneten Prof. Dr. Frantz in das Kultusministerium ist das von ihm innegehabte Mandat für 4. Potsdam (Oberbarnim-Niederbarnim) im Abgeordnetenhaus erloschen.

Das Reichstagswahlgesetz hat an alle denkwürdigen Verfassungs-Gesellschaften Anträge darüber gerichtet, welche Schritte sie unternehmen haben, um dem Mißbrauch geistiger Getränke unter den Arbeitern der ihnen unterstellten Betriebe entgegenzutreten. Gleichzeitig werden die Berufsvereinigungen aufgefordert, dieser Angelegenheit fortgesetzt ihr Augenmerk zu schenken.

Gegen die Fleischnot. Wegen der fortwährenden Steigerung der Fleischpreise beschloß der Magistrat in Würzburg bei der Staatsregierung vorstellig zu werden, daß dieselbe beim Bundesrat auf Öffnung der Grenzen für Schlachttier bringe. Diese Petition soll durch alle bayerischen Städte unterzeichnet werden.

Ausland.

Vom Kulturkampf in Frankreich. Mehrere Radikale und sozialistische Blätter besprechen die vom „Gaulois“ veröffentlichte Erklärung des Papstes und meinen, daß nunmehr jede Aussicht auf Verständigung zwischen dem Vatikan und der französischen Regierung geschwunden zu sein scheint. Ein Schandurteil. Wegen Aufreizung von Bekehrlichen wurde in Stockholm der Sozialist Sundström in Gefolge zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Mehrere aufreizende Schriften wurden beschlagnahmt. (Stockh. Sig.)

Kuba in der Gewalt der Vereinigten Staaten. Aus Havana wird gemeldet: Die Einsetzung einer provisorischen Regierung von Seiten der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist erfolgt. Im Anschluß erklärt Kriegsskreiar East eine Bekanntmachung, daß er die Regierung ein für allemal übernommen habe, bis eine ständige Regierung eingesetzt wird. Das Vorgesehen Tasts ist die Folge des Mißlingens des Versuches, den kubanischen Kongreß zusammenzutreten und einen neuen Präsidenten für Palma wählen zu lassen, der samt seinen Anhängern sich weigert, weiter im Amt zu bleiben.

Eine Zolltarifvorlage. Dem neuen bñischen Reichstag dürfte, wie man aus Kopenhagen schreibt, bald nach seinem am 1. Oktober erfolgenden Zusammentritte eine Zolltarifvorlage unterbreitet werden, welche eine Reihe von neuen Sätzen enthalten soll. Es verlautet, daß der Finanzminister eine bedeutende Herabsetzung des Zolls auf Eisen und Stahl, Kaffee, Zucker und Petroleum, dagegen eine Erhöhung des Zolls auf feineere Weine und Tabak vorschlagen werde. In parlamentarischen Kreisen meint man, daß die erste Kammer sich geneigt zeigen dürfte, einem solchen Vorschlage ihre Zustimmung zu geben, jedoch nur unter der Bedingung, daß gleichzeitig eine erhebliche Besteuerung des Branntweins einträte.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man in der Neugestaltung des Zolltarifs eine Vorbereitung auf die Handelsvertrags-Verhandlungen mit Deutschland sieht.

Auch die Kanadischen Arbeiter, die sich bisher nur gewerkschaftlich betätigten, haben, dem Beispiel der englischen Arbeiter folgend, nunmehr eine politische Arbeiterpartei gegründet. Nach der „Times“ wird das Programm der neuen Partei durch die Forderung unentgeltlichen, obligatorischen Unterrichts eingeleitet. Es verlangt dann den gesetzlichen Achtstundentag und einen Ruhetag in der Woche. Auch erstrebt es die Festsetzung von Minimallöhnen unter Berücksichtigung lokaler Verhältnisse, das Verbot der Gefängnisarbeit in Konkurrenz mit freier Arbeit und das Verbot der Frauen- und Kinderarbeit in Fabriken, Bergstätten und Bergwerken. Man will weiter staatliche Alters- und Krankenversicherung, Gewerbeinspektoren und Abschaffung des Kontraktsthem bei öffentlichen Arbeiten; auch soll die Einwanerung der Chinesen verboten sein. Für Arbeitsfreihäfte sollen Schiedsgerichte gebildet werden, für die man aber nicht, wie etwa in Neuseeland, das Recht obligatorischer Entscheidung verlangt. Auch werden Gewerkschaftsleiter den Fabrikanten für öffentlichen und womöglich für privaten Bedarf geordert. Auf diesen sozialpolitischen Programmpunkten finden wir: Verstaatlichung der Bahnen, Telegraphen und Wasserkräfte, Steuerreform, Abgabendere Erleichterung der Abgaben für die Industrie und die Befreiung des Grundbesitzes. Die Verstaatlichung öffentlicher Werke soll nicht mehr vom Nachweis eines bestimmten Eigentums abhängen. Der Senat soll abgeschafft und für das Unterhaus proportionaler Wahlrecht eingeführt werden; die unmittelbare Verfassung durch das Volk wird auf dem Wege des Referendums angestrebt. Das ist noch kein sozialistisches, sondern ein demokratisches Programm mit solchen Forderungen, über das in der erste Schritt, den die Arbeiter Kanadas auf dem Wege zum Sozialismus wachen.

Aus den Gerichtssälen.

Ihr Kind lebendig begraben.
 Vor dem Schwurgericht in Ratibor hatte sich die 19 Jahre alte, aus Gollitzen stammende Arbeiterin Marie Gebulla wegen versuchten Kindesmordes zu verantworten, welche auf dem Dominium Dubowitz im Kreise Ratibor in Arbeit stand. Am 9. August dieses Jahres, Vormittags, schenkte die Angeklagte einem Kinde das Leben. Gegen 6 Uhr Nachmittags trug sie das Kind fort und vergrub es lebend in einem Maifeste. Mitarbeiterinnen machten den Verdacht auf die Angeklagte aufmerksam, welche anfangs leugnete, dann aber gestand, das Kind tot in einem Maifeste begraben zu haben, aber den Ort nicht näher bezeichnen zu können. Trotz eifrigem Suchen konnte am Tage der Tat der Ort nicht festgestellt werden, wo die unnatürliche Mutter ihr Kind begraben hatte; erst am nächsten Tage in aller Frühe stechen zwei Tominilarbeiter in einem Maifeste auf sich aufgewildetes Gräbchen, sie gruben dort nach und hörten bald ein leises Wimmern. Nach eifrigem Graben fand man unter einer 60 Zentimeter hohen Erdschicht das Kind, es lebte; Kopf und Oberkörper steckten in einer Hagarventhe, die Bekleideten ragten daraus hervor. Nach dem Ausgraben blieb das Kind noch bis zum 27. August d. J. am Leben. Das Kind muß eine enorme Lebenskraft besessen haben, denn kaum leben 2 Stunden erst, wurde es begraben, und trotzdem es zwölf Stunden im Grabe lag, blieb es am Leben. Die unnatürliche Mutter wurde unter Subjektiv milde Umstände zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Weil er auf dem Wege saß.

Der russische Marschler war bei dem Droschkenbesitzer Freudenberg beschäftigt. Er ist ohne Einhaltung einer Kündigungskündigung entlassen worden, obwohl er seinen Dienst fleißig verrichtet hat. Herr Freudenberg hatte ein neues Pferd gekauft und gleich angekauft. Das Pferd war aber ein „roter Teufel“ der Art. Immer, wenn ein solches Ungeheuer um die Droschke herumfährt, erschreckt es, bäumt es und schlug aus. Eines Tages fuhr wieder ein Auto in rasender Schnelligkeit bei der Droschke vorbei; das Pferd schent, stellte sich auf und beschädigte den Wagen. Darüber war Herr Freudenberg sehr aufgebracht und er hatte nichts Besseres an ihm, als Marschler Knall und Fall zu entlassen, denn ihm mach er alle Schuld bei. Wenn der russische am Standplatz auf dem Wege sitzt, kann so etwas nicht passieren, meinte der Besitzer, denn da sei er imstande, das Pferd zurückzuführen. Marschler aber hatte nicht auf dem Wege gesehen, sondern im Wagen, da freilich könne man nicht passieren. Der russische, der den Führer an Zahlungen von Lohn für vierzehn Tage verweigert hatte, bemerkte, es könne doch von einem russischen nicht verlangt werden, fortwährend auf dem Wege zu sitzen, übrigens wäre er bei dem Vorfalle nicht im Wagen gewesen, er habe auf dem Tribüne gesessen. Es kam auf das Zurecht des Vorstehenden zwischen den Parteien ein Vergleich zustande.

Die Bibliothekstunden des sozialdemokratischen Vereins finden von jetzt an Montags von 7—9 Uhr statt. Punkt 9 Uhr wird die Bibliothek geschlossen.

Veveins - Kalender.

Breslau.

- Polakommission.**
 Alle Anfragen und Beschwerden in Sachen der Polakfrage sind zu richten an Erich Widera, Margaretenstraße Nr. 17.
- Arbeiter-Sekretariat Breslau.**
 Nikolaistraße 18/19.
 Sprechst. Vorm. 11—1 Uhr, Nachm. 5 1/2—7 1/2 Uhr (außer Sonn- und Feiertagen)
- Gewerkschaftshaus.**
 Montag, den 1. Oktober:
 Maschinenarbeiter-Versammlung. Abends 8 Uhr. Zimmer 2.
 Dienstag, den 2. Oktober:
 Schirmmacher und Schirmnäherinnen. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 2.
 Mittwoch, den 3. Oktober:
 Allgemeine Buchdrucker-Versammlung. Abends 8 Uhr, im großen Saale.
 Arbeiter-Abfahrter-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend.
 Donnerstag, den 4. Oktober:
 Maler. Mitglieder-Versammlung. Zimmer 2.
 Tapezierer-Verein. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 3 u. 4.
 Arbeiter-Abstinenzbund. Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 7.
 Freitag, den 5. Oktober:
 Tischler-Verein. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im großen Saal.
 Sonnabend, den 6. Oktober:
 Tapezierer-Krankenkasse (Hamburg). Zahl- und Aufnahme-Abend, portiere links.
 Sonntag, den 7. Oktober:
 Freie Turnerschaft. Abends 6 1/2 Uhr: Quartals-Versammlung. Zimmer Nr. 2.
- Mitteilungen des Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:**
 Bezirk 3 (Gräbischer Vorstadt).
 Mittwoch, den 3. Oktober, Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Bezirksführer und sämtlicher Mitglieder im Distriktslokal, Gräbischerstraße 44. Kartensammlung zur Stadtmagistratswahl. Bezirke 1, 2, 6—11. Mittwoch, den 3. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Wahl eines Bezirksführers. Bezirk 16, 17 u. 18. Die für Dienstag angeordnete Zusammenkunft fällt wegen der Volksversammlungen aus; die Genossen werden ersucht, dafür Mittwoch Abend Gräbischerstraße 44 zu erscheinen.
 Bezirk 10 (Sandtor).
 Dienstag, den 2. Oktober, Abends Punkt 8 Uhr, in Frey's Restaurant, Kreuzburgerstraße 15. Zusammenkunft der Mitglieder, Abrechnung der Programme, Mitteilungen.
 Bezirk 18 (Jünger Stadt, Dittke).
 Donnerstag, den 4. Oktober, Abends 6 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung.

- Sonntag, den 7. Oktober, früh von 8 bis 9 Uhr: Volksmacht-Exkursion vom Distriktslokal Kleine Grolschengasse, abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder am Sonntag, den 7. Oktober, Vormittag 10 Uhr im bekannten Lokal, Rahlsitz.
 Land-Distrikt 7.
 Mittwoch, den 3. Oktober: Distriktszusammenkunft bei Pohl in Rotkesschen.
Striegauer. Öffentlicher Vortrag von Prediger Tischler-Breslau Mittwoch, den 3. Oktober, Abends 8 Uhr, in Sauer's Saal. Thema: Hat Christus überhaupt gelebt? Freie Diskussion. Der Vorstand der Freien Religionsgemeinschaft.
Freiburg. Gewerkschafts-Kartell. Donnerstag, den 4. Oktober, Abends 8 Uhr: Sitzung in der „Germania“. Vollständiges Erscheinen der Delegierten erwartet. Der Vorstand.
Freiburg. Teutischer Holzarbeiterverband. Donnerstag, den 4. Oktober, Abends 8 Uhr: Versammlung in der „Germania“. Thema: „Partei und Gewerkschaft“. Referent: Vorstandleiter Karl Dietrich. Zahlreicher Besuch wird erwartet.
Altwaasser. Große Volksversammlung. Mittwoch, den 3. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr im Gasthof „Zur Krone“ in Altwaasser. Tagesordnung: „Der Religionsunterricht in der Volksschule“. Referent: Chem. Lehrer Otto Mühle-Weipzig.
Bunzlau. Wahlverein Bunzlau-Löben. Mittwoch, den 3. Oktober: Mitglieder-Versammlung. Zahlreiches Erscheinen notwendig. Der Vorstand.
Friedland, Kreis Waldburg. Textilarbeiter-Versammlung. Dienstag, den 2. Oktober, Abends 8 Uhr: Versammlung in den „Kreuzentauern“. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Fritsch-Riegnitz über „Rückblicke und Ausblicke“. 2. Diskussion. 3. Fragen und Verschiedenes. — Da es unsere letzte Versammlung in den „Kreuzentauern“ ist und es uns vielleicht für längere Zeit nicht möglich sein wird, zur Beratung unserer Interessen zusammen zu kommen, ist es nötig, daß sämtliche Mitglieder erscheinen. Nichtmitglieder sind ebenfalls willkommen. Der Bevollmächtigte.

Kattowitz. Sozialdemokratischer Verein. Die Mitglieder-Versammlung fällt Umstände halber diesmal aus.
 Die Abbestellbarkeit bei manenkranken Kindern beruht sehr oft darauf, daß die gerechte Nahrung an sich wohl kräftig, aber den Verdauungsorganen nicht leicht genug zugänglich ist. Das leicht verdauliche Stufelkindermehl dagegen wirkt anregend auf den Appetit ein und stellt dennoch eine kräftige Nahrung dar, die eine Nahrung, welche reich an Eiweiß und Mineralstoffen ist, und die sogar zur ausschließlichen Ernährung der Säuglinge dienen kann. Mit dieser Nahrung kann man wieder Fleischsuppe und Milch, Molke etc. in die Ernährung einführen und so zur gewohnten Nahrung überleiten.
 Verantwortlicher Redakteur: Theodor Müller. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 7/8. — Verlag von Oskar Schödt. — Druck von Th. Schatzky & Co. in Breslau.
 Hierzu 1 Beilage.

Stadt-Theater.
 Freitag: „Fra Ciavolo“.
 Samstag: „Cavalleria rusticana“.
 Sonntag: „Cajazzo“.
 Montag: „Maria Magdalene“.

Victoria-Theater
 (Simonsauer Garten).
 Neues Programm.
12

Volksvorstellung 1906/7
 (Thalia-Theater).
 I. Aufführung.
 Sonntag, den 7. Oktober 1906
 Nachmittag 3 1/2 Uhr:
Gespenster
 von Henrik Ibsen.
 Preise der Plätze:
 I. Rang 0.70, Parkett und Orchester 0.60, Balkon und Speerhö 0.50, Seiten-Balkon 0.40, II. Rang 0.30, III. Rang 0.20, Galerie 0.10.
 Zu haben in der Expedition der Volksmacht, sowie bei den Holzporturen.

Achtung! 19. April.
 Die werten Kollegen werden ersucht, einige Adressen von denjenigen Personen bekannt zu geben, die seinerzeit am Striegauerplatz, Ecke Striegauer Chaussee den Schuttmann darauf aufmerksam machen, daß der Aufgeschriebene unschuldig ist. Unkosten werden erstattet.
 J. Strzemkowski, Rabachstr. 12, 4. Stg.
 Abschrift!

Pobe-Theater.
 Freitag: „Orpheus in der Unterwelt“.
 Samstag: „Eherlos Holmes“.
 Sonntag: „Der Gigantenbaron“.

Attraktionen.
 Bonus an Sonntagen gültig.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Die Niederlage der Krotoschiner Bräuereien
 befindet sich jetzt 4310
 Striegauerplatz 5/7 (Schweizerhof).

Im Namen des Königs!
 In der Straffache
 gegen den ehemaligen Restaurateur, jetzigen Verbandssekretär Friedrich Fropisch aus Breslau, Weinstraße 82, geboren den 12. Mai 1875 in Sadwid, Kreis Breslau, freireligiöses wegen Beleidigung und Anfeindung zum Klaffen hat die I. Ferien Strafkammer des königlichen Landgerichts in Breslau in der Sitzung am 4. September 1906 für Recht erkannt: Der Angeklagte wird wegen Beleidigung in zwei Fällen zu (400) vierhundert Mark Geldstrafe, im Nichtleistungsfalle für nicht gezahlte je fünf Mark zu einem Tage Gefängnis verurteilt. Derselbe ist der Beleidigung in einem dritten Falle und des Vergehens wider die öffentliche Ordnung nicht schuldig und wird deshalb freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens werden, soweit Verurteilung erfolgt ist, der Staatskasse aufgelegt.
 Dem königlichen Landrat des Landkreises Breslau wird die Befugnis angedehnt, die Verurteilung des Angeklagten wegen der zwei Beleidigungen oder ihm unterstellten Polizeibeamten binnen zwei Wochen nach Kenntnis von der Rechtskraft des Urteils auf Kosten des Angeklagten einmal in der „Volksmacht“ und dem Breslauer Generalanzeiger zu veröffentlichen.
 Die Richtigkeit der Abschrift der Urteilsformel wird bezeugt.
 Breslau, den 12. September 1906.
 4306
 Dr. Scholz
 Gerichtsschreiber des königlichen Landgerichts.

Thalia-Theater.
 Freitag: „Gamboli-Berein“.
 Samstag: „Gefährlich“.
 Sonntag: „Die Thranen der Frauen“.
 Montag: „Die Thranen der Frauen“.

Pfandleih-Institut.
 Gasse am Markt rechts Pfandleih-Institut, Friedrich-Wilhelmstraße 61, I. [3801]
 Wenig gebrauchte Winter- u. Sommer-Heberische, Junge, Joppen u. Hosenträger billig.
 Vormerksstr. 22, ptr., r., Duwo.

Robert Kornmann
 Breslau VI, nur Friedrich-Wilhelmstraße 50
Zum Umzuge
 empfehle mein grosses Lager von
Haus- und
Küchengeräten
 zu den bekannt spottbilligen Preisen.
 = Bitte Schaufensterauslagen zu beachten! =

Anzüge 10
 nach Maß, eleg. auf Hochhaar, bester Stoff, von 17 Mark an, nur in der Fabrik [4001] Carlstrasse No. 42, I.

Konzertsaal Reichskanzler
 Ohlauerstrasse 7. [4309] täglich
Elite Damen-Orchester.
 84 Estrada First!

Feine Tafelbutter
 bei 1/20 und 1/30 Btl. [4300] Paul Feinzig Nr. 52 Ritscherstraße Nr. 52.

5 Bfg.-Sumatra-Zigarren
 erachtbare Qualität, vorzüglich in Brand u. Geschmack 100 2 Mk., 250 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk. empfiehlt gegen Nachnahme 2129
Zigarren-Fabrik E. Lampke.
 Fabrik, Versand und Hauptgesch.: Breslau, Hauptplatz 11, am Odeonplatz. Filialen: Matthiassstraße 16, Ecke Schrotgasse, Sommerstraße 36, Friedrich-Wilhelmstraße 16, Bismarckstraße 77.
 Rein Geschäft befindet sich jetzt

Feuerversicherung
 sowie Lebensversicherung auch für Kinder, vermittelt 1744
Ernst Zahn,
 Ritterplatz 3, III.

Seine Wanzeln mehr bei Gebrauch von Gröschel's Wanzel!
 Flaschen zu 30 und 50 Pf.
Neu aufgenommen!
 ca. 30 verschiedene Sorten Vogelfutter.
Franz Gröschel
 Gollitzerstraße 90. [3242]

Ich empfehle
Lose der Metzger Dombau-Geld-Lotterie
 à 5 Mk., Halbe à 2 1/2 Mk. • Porto und Liste 30 Pf. extra.
 für beide Ziehungen 9. und 10. Oktober und 30. und 31. Oktober ohne Nachzahlung gültig.
 Hauptgew.: 100 000, 30 000, 20 000, 10 000, 5 000, 3 000, 2 000 u. s. w.
Lose der Schnellmüller Pferde- u. Badener Jubiläums-Lotterien } Ziehung 4. Oktober }
 Lose à 1 Mark, 11 Lose für 10 Mark. — Porto und Liste je 30 Pf. }
B. Klement, Breslau I, Ring 22, geradeüber vom Schweldnitzer Keller. } 4290

Klesterstraße Nr. 17
 nahe der großen Feldstraße. 4288
Adolph Stein
 Klein, Kattowitz, Ebn, Dues, Garra- u. Andra-Angebot.
„In freien Stunden“
 illustrierte Roman-Bibliothek, fast 10 Pfennige.
 nach 50 Exemplaren und Bestellungen.

und vor allem dafür zu sorgen, daß nicht den Bestrebungen der Arbeiter nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen durch das Strafgesetzbuch Knüttel gesetzt die Hände gebunden werden. Durch keine Strafbestimmung ist der Siegeslauf des proletarischen Emanzipationskampfes aufzuhalten und die kleinen Nabelschneiden erzwungen nur Groll, Erbitterung, Mut und Saß. Die schlechteste mit einem Wort Mittelmaß, der diese Kleinliche Art der Massensucht wie folgt kennzeichnet: Sie schreien nicht mit Klängen nach Spanien, nein, sie suchen mit kleinen, aus juristischen Spitzfindigkeiten zusammengerollten Papierfugeln eine große Bewegung zu bekämpfen. Sorgen Sie dafür, daß diese Papierfugeln des Strafgesetzbuchs die Arbeiterklasse in ihrem Vorwärtslauf nicht aufzuhalten vermögen. (Ständiger Beifall.)

Auf Antrag Singer wurde von einer Diskussion Abstand genommen. Das Sekretariat soll als Agitationsbroschüre hergestellt werden.

Nach einer kurzen Begründung Singers wurde dann folgende Entschließung angenommen:

Der Parteitag bestätigt die Resolution des Jenaer Parteitags, durch die derselbe seiner freudigen Zustimmung über das größte welthistorische Ereignis der Gegenwart, die russische Revolution, und seiner tiefsten Sympathie und Bewunderung für die Kämpfe der russischen Revolutionäre Ausdruck gibt. Der Parteitag spricht angesichts der Fortdauer der Revolution und des Umfanges, daß die Unterdrückungsmaßnahmen des russischen Despotismus einen immer brutaleren und barbarischeren Charakter angenommen haben, aber auch die Aufopferung und Begeisterung der Kämpfer für die Revolution sich immer glänzender bewährt, aufs neue seine höchste Anerkennung und Bewunderung, den Trägern des kühnwürdigen Systems aber, die nicht davor zurückzuckern, die von ihnen selbst eiderwiesene Ruma durch einen Staatsstreich wieder aufzuheben, seine tiefste Verachtung aus. Der Parteitag erklärt sich bereit, die Genossen in Russland in ihren epischen Kämpfen moralisch und tatkräftig zu unterstützen und jeder Einschüchterung von außen in die inneren russischen Angelegenheiten aufs Entschiedenste entgegenzutreten.

Es folgten die

Anträge betr. die Jugendorganisation.
Rechtsanwalt Dr. Frank-Rammberg: Die Jugendorganisation hat eine Aufgabe, die sie erfüllen muß und erfüllen wird, wenn die ganze Partei hinter ihr steht. Und das ist die Pflicht der Partei, denn die Organisation der Jugend ist namentlich gegenüber dem Wirken des Ultramontanismus eine Lebensnotwendigkeit für die Partei. Die Jugendorganisation wird die jugendlichen Körper schützen gegen die Ausbeutung und die jugendlichen Köpfe gegen die Verblümmung. (Lebhafter Beifall.)

Rechtsanwalt Dr. Dieblueck: Ich komme aus einem Lande, in dem die politische Organisation der Jugend unmöglich ist. Für uns Norddeutsche scheint deshalb Süddeutschland ein Eldorado politischer Freiheit zu sein. Die Jugendorganisationen in Preußen müssen durchweg unpolitisch sein. Deshalb ist es notwendig, daß der Parteitag auch über die schwachen Grenzen hinausschaut: Ihr jungen Leute, wir sind einverstanden mit eurem selbständigen Vorgehen und freuen uns eures selbständigen Treibens. Eine Sympathieerklärung für die Jugendorganisation würde von Wohlwollender Wirkung sein. (Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag nimmt einstimmig folgende Resolution zu: Das allerwärts sich vollziehende Erwachen der proletarischen Jugend zu selbständiger organisatorischer Betätigung wird begrüßt, und die Parteigenossen werden aufgefordert, überall, wo die vereinzelten Bestimmungen es gestatten, die Gründung und Weiterentwicklung von Jugendorganisationen zu fördern.

Alle anderen die Jugendorganisation betreffenden Anträge wurden der Bildungscommission überwiesen. Weiter lagen ablehnende Anträge zum Organisationsstatut vor.

Abgeordneter Pfannkuch: Ich beantrage, alle diese Anträge von der Tagesordnung abzugeben, da die Partei sich erst im vorigen Jahre ein neues Organisationsstatut gegeben hat.

Von den Anträgen zum Punkt Presse gelangte zunächst der Antrag Hamburg III zur Verhandlung, in dem die dortigen Genossen gegen die illustrierte Mäßigkeit der März- und Maiheftungen 1906 protestieren und fordern, daß fortan mehr Sorgfalt nach der künstlerischen Seite hin auf die Gestaltung verwendet wird.

Aus aller Welt.

Schwere Unwetter. Aus Konstantinopel wird von einem heftigen Unwetter auf dem Schwarzem Meer berichtet. Zahlreiche Segelschiffe sind verunmüht, darunter eins, auf dem sich neun Personen befanden. In Alicante ist ein neues Unwetter eingetreten. Der Sturm auf dem Meer ist so heftig, daß die Schiffe in den Hafen flüchten. Eine große Sabotage wurde von den Werten fortgesetzt. Ein großer Teil der Hafenarbeiter wurde von den Werten hinweggeführt. Auf dem deutsch-asiatischen Kabel wird aus New York gemeldet: Die Stadt Mobile im Staat Alabama wurde von einem schweren Sturm und Wolkenschlag heimgesucht. Viele Menschen sollen umgekommen, zahlreiche Schiffe geschwunden sein, viele Leute seien beim Einsturz von Häusern zu Schaden gekommen. Die Mannschaft mehrerer Schiffe sind ertrunken. Bei Diebstählen betroffene Schiffe wurden niedergeschlagen. Die Stadt ist von Truppen besetzt. fünf Strafverurteilte in der Gefängnisgefängnis sind fortgeschwommen. Die Stadt kann nur durch Boote erreicht werden. Alle Telegraphen- und Bahnverbindungen sind unterbrochen, zahlreiche Gebäude zerstört. Die Gefängnisgefängnis wurde vom Sturm umgeben. In den Straßen liegt das Wasser 5 Fuß hoch. Baumstämme, Äpfel und Obstgehäusen sind in den Straßen zerstreut. Der Sturm weht mit einer Geschwindigkeit von 90 Meilen in der Stunde. Das am Eingange der Stadt vom Mobile gelegene Fort Morgan und verstreute benachbarte Dörfer sollen gleichfalls zerstört sein.

Sozialdemokrat — eine Beladigung. In einem Dresdener Café hatte bei einem Streit ein Unteroffizier einen anderen Soldat als Sozialdemokraten bezeichnet. Daraufhin berief ihn dieser zum Duell. Es kam infolgedessen zur Klage. Der Verteidiger der Offiziere wurde aber freigesprochen, mit der Begründung, daß er durch die Bezeichnung als Sozialdemokrat beleidigt worden sei. — Auch nicht abel! Millionen in westlicher Vaterlande brachten diese Bezeichnung als einen Ehrennamen.

Die Proletarier zur Welt kommen! Mit einem schweren Rasen soll auf dem Hüften wurde eine Arbeiterin in einem Park auf der Straße von Schwerin überfallen. Eine wilde, brutale Frau nahm ihr sofort den Taschentuch vom Hals, doch es war zu spät, der junge Arbeiter war bereits da. Und nun ging es, die eine Frau mit dem Taschentuch auf dem Hals, die junge Arbeiterin mit dem Rasen in der Hand, der Behauptung zu.

Ein großes Entsetzen. Wie aus Kanton berichtet wird, sind unter den Offizieren der Regierung im Kanton ein großer Entsetzen über die Verhältnisse in den letzten 200 Jahren verbreitet, die während der Zeit und sehr schlecht waren. Der Bericht besagt über die Wunden Welt. Die abstrahlenden Entsetzen sind jetzt auf verschiedene Orte verteilt, man hofft sie zu retten.

Der Räuber Rupp und sein. Wir sind in Eisenstadt und der Kaiser eines kleinen Kindes sein kann, wenn die Tat eines vierjährigen Kindes, das

Pfannkuch erkennt die Beschwerden als berechtigt an und teilt mit, daß bereits Vorkehrungen getroffen seien, den Wünschen des Antrages nachzukommen. Die anderen Anträge der Presse fanden nicht die genügende Unterstützung, teilweise waren sie auch schon durch vorherige Beschlüsse erledigt.

Für die Wahl des nächsten Parteitages lag ein Antrag vor, die Parteitagskämpfe künftig nur in Berlin abzuhalten. Unter allgemeiner Beifall findet der Antrag nicht einmal die nötige Unterstützung. Einladungen lagen dann vor aus Essen, Leipzig und Berlin.

Der Essen-Essen blüht den Parteitag, im nächsten Jahre nach Essen zu kommen. Sie würden dort die schwarzen eine glänzende rote Woche folgen lassen. Auch die Proletarier Essens würden zeigen, daß sie verstehen, Gänge zu empfangen. Auch würden sie den Parteitag in einer eigens errichteten Festhalle aufnehmen. Unter allgemeinem Beifall wurde darauf Essen zum Ort des nächsten Parteitages gewählt.

Mittagspause.
In der Schlußsitzung wurden zunächst die Anträge betr. Militation erledigt. — Rechtsanwalt Dr. Dieblueck: Berlin begründete einen Antrag auf Bildung eines ständigen Ausschusses zur parlamentarischen Entfaltung einer besonderen antimilitaristischen Propaganda. Die antimilitaristische Propaganda bedarf nach dem Antragsteller eines besonderen Anstoßes durch eine besondere Zentrale. Verschiedene Institutionen haben sich in Belgien und Frankreich sehr gut bewährt und Deutschland ist weit zurück in der antimilitaristischen Propaganda hinter diesen Ländern. Der Militarismus bedeutet das stärkste Bollwerk des Kapitalismus, das uns noch Widerstand leisten kann, wenn längere der Umverwand der Massen überwunden ist. Der Antrag ist so vorläufig wie möglich gefaßt, so daß gegen ihn die drückende Anklage nichts mehr einzuwenden haben dürfte. (Beifall.)

Christl-Breslau begründet einen Antrag, in den breitesten Kreisen eine rege Agitation gegen den Militarismus zu entfalten. Zu diesem Zweck soll der Parteivorstand allejährlich zur Zeit der Rekrutenaushebung Flugblätter herausgeben. Ebenfalls sollen auch die örtlichen Parteiorganisationen durch Volk-Verfassungen diese Agitation betreiben.

Webel: Gegen den Breslauer Antrag habe ich nichts einzuwenden. Wir haben bereits in diesem Jahre ein derartiges Flugblatt herausgegeben. Dagegen muß ich mich auf das Allerentschiedenste gegen den Antrag Weibrecht aussprechen, selbst auf die Gefahr hin, als Schwarzgelehrter oder noch mehr bezeichnet zu werden. (Lebhafter Beifall.) Wir sind es nachgerade ja gewöhnt worden, daß alljährlich derartige Anträge aus Südbavaria an uns gelangen und wir sind auch gewöhnt, daß immer wieder auf das Ausland hingewiesen wird. Man vergißt dabei nur die Kleinigkeit, daß im Auslande ganz andere Verhältnisse wie bei uns herrschen. Im Namen des Parteivorstandes kann ich erklären, daß wir uns auf einen derartigen Antrag nie und nimmer einlassen können. Wenn Sie im Sinne des Antrages bestehen wollen, müssen Sie eine andere Organisation dafür wählen. Wir unterliegen dabei ein zu hohes Gefühl der Verantwortlichkeit, um ein solches Waagnis zu riskieren. Wenn der Umverwand der Massen verschwunden ist, werden wir auch mit dem Militarismus fertig werden. Wir haben den Antrag auch nicht nötig. Ich behaupte, daß es keine zweite Sozialdemokratie in Europa gibt, die so systematisch wie wir den Kampf gegen den Militarismus geführt hat und die mit einer solchen Regelmäßigkeit in einer 10-jährigen parlamentarischen Tätigkeit alle Budgets für Meer und Marine abgelehnt hat. (Lebhafter Beifall.) Wir lassen uns aber nicht in eine Agitation herandrängen, die wir für überflüssig halten. (Beifall.)

Der Antrag Weibrecht wird gegen wenige Stimmen abgelehnt.
Brühns-Rastowitz begründet darauf einen von sämtlichen deutschen Genossen Oberhessens gestellten Antrag, der Parteitag möge in Verdrückung der Notwendigkeit, die politischen Proletarier im oberhessischen Industriegebiet aus den Reigen des Nationalpolenismus zu befreien, und für die Sozialdemokratie zu gewinnen, für die Herausgabe eines in Rastowitz erscheinenden täglichen Parteiblattes die erforderlichen Mittel bemitteln. Zur Begründung verweist Brühns darauf, daß die Polen in der Regel republikanisch und durch das Beispiel von russisch-Polen noch mehr rebellisch gemacht würden. Diesen rebellischen Grundzug hat sich die national-polnische Demagogie geschildert zu muge gemacht. Es sei endlich an der Zeit, daß die Sozialdemokratie dafür Sorge, daß die Arbeiter nimmermehr ihre Fahne mit dem weißen Kreuz vom Pfaffen in der Kirche einsegnen lassen. (Beifall.)

Adamek-Rastowitz befrühwortet den Antrag namens der polnischen Sozialdemokraten. Die oberhessischen Proletarier fünf Tage hindurch ohne fremde Hilfe am Leben erhalten hat. Die Pflegemutter des Babys war von einem Herzschlage betroffen worden, und die Nachbarn öffneten erst nach fünf Tagen gewaltsam die Tür. Sie fanden die Frau tot und das Kind in einem jämmerlichen Zustand der Abmagerung, aber noch lebend. Der Zustand des Kindes ließ erkennen, daß das Kind mit einer in so geringem Alter für kaum möglich gehaltenen Klugheit selbst nach Nahrung gesucht hat. Seine Arme, Ellenbogen und Hände waren wund, die Kleider schmutzig, denn es war, da es noch nicht allein gehen konnte, in allen Ecken herumgelaufen. Aus dem unteren Saß des Schranzes, in dem die Milchflasche aufbewahrt worden war, waren Gläser und flache Schüsseln herausgezogen. Das Kind, das augenscheinlich schon beobachtet hatte, woher es seine Milch bekam, war dahingetrochen, und da es nicht zu dem Saß hinaufreichte, auf einem Stuhl gesessen; es hatte hier etwas Nahrung gefunden und dann weiter gesucht. Das Tischstück war heruntergezogen, von dem vom Tisch heruntergefallenen Dingen hatte das Kind etwas Butter genommen und weiche Krumen des Brotes, während die linken Krämpfe noch belagern. Es war nach dem Wohlstand getrocknet und hatte hier einige Abfälle gefunden, hatte versucht, die Tapeten von den Wänden zu reißen, hatte sich sogar bemüht, am Fenster hinauf zu klettern und dabei einen Gerantumfluß heruntergeworfen, von dessen Blättern es gegessen hatte. In der Küche hatte es ein undichtes Wassergäßchen gefunden und die Wassertröpfchen vom Boden aufgeleckt. Es hat sich das Baby selbst das Leben geteilt.

Milne-Gesamt. Die Polizei in Altona verhaftete den Hiltzschneider Schneider, der etwa 300 Briefe verbrannt und fortgeworfen hatte. — Ein Liebespaar in Gausig, dessen Verheiratung hindernisse in Wege standen, beschloß, gemeinsam in den Tod zu gehen. Das Paar nahm Morphium und stürzte sich die Pulskanone. Es wurde zwar noch lebend in das Krankenhaus gebracht, doch dürfte es schwierig mit dem Leben davonkommen. — Auf der Straße **Sträßchen-Windstille** wurde abermals ein Revolveranschlag auf einen Passanten verübt. Mehrere Regeln durchschlugen das Köcher eines Abteils 2. Klasse, ohne jemanden zu verletzen. — Aus **Chemnitz** wird gemeldet: Nach Unterschlagung von 6100 Mk. ist ein Einbruch in der städt. Kellerei verübt worden, namens Dehmann geflohen. — In **Hilberis** bei Hünna wurden zwölf Häuser eingestürzt, 15 Familien sind obdachlos. — In **Wien** im Palais des Pringen Albert von Straffen in Berlin alarmierte gestern gegen 9½ Uhr ein großes Pöbelgewühl der Wehr nach der Wilhelm- und Absingergasse. Das Dach des Markthalls stand in Flammen und wurde zu einem großen Teil zerstört. Ueber die Entzündungsursache ist noch nichts Sicheres festgestellt. — In **Frankfurt** ist bei der Aufsicht der Perlejung Nr. 22 auf einem Güterzug angefahren. Die Maschine und zwei Wagen wurden schwer beschädigt, der Führer und ein Pöbelhahn verwundet. — Bei der Station **Edingheim** der Pannhanna-Güterbahn stieß gestern der **Rem-Hot** kommende Schnellzug mit einem anderen Schnellzug zusammen. Sieben Personen wurden getötet und fünfzehn schwer verletzt.

lulden unerhört ausgebeutet. Es gäbe für die 4¼ Millionen Proletarier noch kein täglich erscheinendes Parteiblatt. Die politischen Genossen hätten sich mit den Deutschen gern geteilt, aber sie hoffen, daß die deutsche Partei ihnen nimmermehr auch ihre reichlichen Mittel zur Verfügung stellt.

Pfannkuch bietet dem Antrag dem Vorstand zur Erwägung zu überweisen. Er selbst sei mit Gerlach vor wenigen Wochen in Oberschlesien gewesen, um sich über die Verhältnisse an Ort und Stelle zu erkundigen. Die Notwendigkeit eines Parteiorgans in den meisten Wahlkreisen wollte er nicht bestreiten, wohl aber die Möglichkeit. — Der Antrag wurde dem Vorstand zur Erwägung überwiefen, ebenso ein Antrag Essen, alle für die Sozialdemokratie in agitatorischer Beziehung in Betracht kommenden Reichstagsverhandlungen nach dem stenographischen Bericht in Broschürenform zum Selbstkostenpreise an die Parteimitglieder abzugeben.

Gehrman-Berlin begründete einen Antrag Berlin III, bei allen Stichwahlen Wahlenthaltung zu üben und es als dem politischen Ehrgefühl der Genossen widersprechend, auch eine Wahlhilfe für die freisinnige Volkspartei abzunehmen. Die freisinnige Volkspartei habe alle in Frage kommenden Wahlkreise der Reaktion ausgeliefert.

Webel beantragt, die Frage von der Tagesordnung abzusehen, da sie auf dem nächsten Parteitag, der sich mit den Reichstagswahlen zu befassen haben werde, mit zur Verhandlung kommen könne.

Es wird demgemäß beschlossen.

Einstimmig angenommen wurde eine von der Frauen-Liga beantragte Resolution, die von Frau Ziegler-Hamburg begründete Resolution folgenden Wortlaut hat: Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit der Genossen auf die erschreckend hohe Zahl von Fällen entsehrlicher Mißhandlung, Verwahrlosung und Ausbeutung von Kindern durch die eigenen Eltern, Pfleger oder Erzieher. Er fordert alle Parteimitglieder auf, solchen Unmenschlichkeiten aufs kräftigste entgegenzutreten und auf deren Verhütung planmäßig hinzuwirken. Er protestiert ferner gegen die heute herrschende Ausgestaltung der Zwangserschließung, die das verwerfliche Kind der planlosen Verwahrlosung und der schmerzlichen Ausbeutung überliefert. Er fordert eine wirkliche Fürsorge-Erzziehung, die eine wahrhafte Zuflucht für mißhandelte Kinder schaffen und diese dem kindlichen Wesen gemäß zur Selbständigkeit heranbilden soll.

Zu Parteivorständen werden darauf gewählt **Webel** mit 350, **Singer** mit 349 Stimmen, zum Parteikassierer **Gerrich** mit 350 und als Sekretären **Ebert** mit 344, **Kuer** mit 343, **Wolkenhuth** mit 342 und **Pfannkuch** mit 329 Stimmen. Neu als Sekretär wird gewählt **Müller-Gditz** mit 241 Stimmen. Zu Kontrollleuten wurden gewählt **Kaden**, **Frau Ziegler**, **Ehrhart**, **Brühne**, **Ernst**, **Geck** und **Poenen**. Außerdem wurden aus den Reihen der Berliner Genossen **Eberhart**-Charlottenburg und **Wengels-Berlin** in den Parteivorstand gewählt. Damit waren die Arbeiten des Parteitages erledigt, und es ergreift zum Schluß

Singer das Wort: Wenn ich wie stets einen Rückblick auf die Arbeiten des Parteitages werfe, so stelle ich an die Spitze meiner Rede die Freude darüber, daß der Parteitag in diesem Jahre so zahlreich wie noch nie besucht gewesen ist. Mit den Arbeiten der roten Woche in Mannheim dürfen wir zufrieden sein. Wir haben über eine Reihe von Fragen verhandelt, die für die deutsche Arbeiterklasse von einschneidender Bedeutung sind. Zunächst ist die Erziehungssache zu nennen. Wenn wir auch nicht dazu gekommen sind, uns mit Einzelheiten zu befassen, so haben wir doch durch die Entschloßung des Bildungsausschusses bewiesen, daß die Partei den ersten Willen hat, an diese Frage heranzugehen. Der Parteitag hat damit ein neues Arbeitsgebiet eröffnet. (Beifall.) Wir haben weiter die Stellung der Sozialdemokratie zum Strafrecht, Strafvolzug präzipiert. Wenn es eine Partei gibt, für die es notwendig war, endlich einmal auf diesem Gebiet der Kultur eine Stütze zu verschaffen, so ist es die Sozialdemokratie. (Sehr wahr!) Denn die Arbeiterbewegung steht unter dem Schwert der Justiz, die es als ihre Aufgabe betrachtet, der deutschen Arbeiterklasse ihren Kampf zu erleichtern, wenn nicht unmöglich zu machen. Von höchster Bedeutung sind unsere Verhandlungen über den Massenstreik und die damit zusammenhängenden Fragen. Mit Freude und Stolz können wir konstatieren, daß ein revolutionärer Geist durch diese Ausführungen geweckt hat. Der Drang nach Einheit, die Ueberzeugung, daß Partei und Gewerkschaften in allen Fragen gemeinsam vorgehen müssen, sollte den Gegnern zum Bewußtsein gebracht haben, daß Partei und Gewerkschaften sich nicht auseinanderbringen lassen, weder von außen noch von innen. (Beifall.) Die Wünsche unserer Genossen sind zu schanden geworden und die Hoffnungen unserer Freunde haben sich erfüllt. Wie der Main und der Neckar in den mächtigen Rheinstrom zusammenfließen, so sind Partei und Gewerkschaften Teile des einen großen Stroms, in dem sich alle Wege der proletarischen Arbeiterbewegung zusammenfinden. Wir mögen in den einzelnen Fragen uns lebhaft bekämpfen. Aber in dem Augenblick, wo uns zum Bewußtsein kommt, daß es sich um die großen Güter der Partei, um den Befreiungskampf der Arbeiter handelt, steht der politisch organisierte Parteigenosse mit den gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen Schulter an Schulter. Das ist es, was diesem Parteitag den Stempel aufdrückt, was ihm seine Weisheit gegeben hat. Der Redner schließt mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche, internationale und revolutionäre Sozialdemokratie und unter dem Gesang der Arbeitermarckellaise gehen die Delegierten auseinander.

Parteitag der roten „Jungen Garde“.
Im „Carl Zeiger“ trat am Sonntag unter Beteiligung von etwa 200 Delegierten der erste Verbandstag des Bundes junger Arbeiter Deutschlands zusammen. Die Verhandlungen, denen zahlreiche Parteitagsteilnehmer als Gäste beiwohnten, werden innerhalb und außerhalb der sozialdemokratischen Partei mit dem lebhaftesten Interesse verfolgt, da es sich um den ersten Versuch handelt, auch unter der Jugend systematisch die sozialistische Propaganda zu betreiben. Bekanntlich hat sich die deutsche Sozialdemokratie einer Organisation der Jugend bisher ziemlich skeptisch gegenübergestellt und erst der Mannheimer Parteitag hat der Jugendbewegung durch Annahme einer Resolution Weibrecht sein Wohlwollen ausgedrückt. Der Versammlungsraum war mit roten Fahnen, sowie den Werten Goethes, Schillers, Marx und Lassalles geschmückt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde Abkündigung von Alkohol und Tabak beschlossen.
Zu Vorkessenden wurden **Wagner** und **Schöro** Mannheim gewählt. Die Reihe der Begrüßungsansprachen eröffnete Reichstagsabgeordneter **Gerrich**, der im Namen des Parteivorstandes der Jugendorganisation jede mögliche Unterstützung versprach und der Hoffnung Ausdruck gab, daß ihr erster Verbandstag unter der deutschen proletarischen Jugend freudigen Wiederhall finden möge. (Beifall.) Es sprach weiter **Karl Zeiger** für die Berliner Arbeiterbildungsschule und für den Arbeiterbildungsverein und Frau Ziegler-Hamburg, die die Zusammengehörigkeit der Frauen- und Jugendbewegung feierte. Telegramme waren eingelaufen von der holländischen und der italienischen „Jungen Garde“. Letztere brückte den Wunsch aus, daß der Beginn des blutdürstigen Militarismus bald erfolgen möge. (Beifall.)

Den Geschäftsbericht erstattete **Wagner-Mannheim**. Er führte aus, daß die bürgerlichen Parteien längst Jugendvereine geschaffen hätten, die Jugendvereine der Partei aber als

Landunbewerben

beschimpften. Das aber würde die „Junge Garde“ nicht abhalten, der Partei neue Rekruten zu liefern. Die Hauptaufgabe des Verbandes jugendlicher Arbeiter sei in der Agitation vor der Militärisierung zu erblicken, damit der Soldat, wenn er ins Heer eintritt, sich klar darüber sei, daß das einzige Gebot, das er zu halten noch verpflichtet sei, das sei, „Vater und Mutter zu ehren“, das ihm höher stehen müsse, als der Eid gegenüber

den Eltern und dem Vaterland.

Der Parteivorstand beschloß, die Jugendorganisation in der nächsten Sitzung zu beschließen. (Beifall.)

Der Parteivorstand beschloß, die Jugendorganisation in der nächsten Sitzung zu beschließen. (Beifall.)

Der Parteivorstand beschloß, die Jugendorganisation in der nächsten Sitzung zu beschließen. (Beifall.)

Der Parteivorstand beschloß, die Jugendorganisation in der nächsten Sitzung zu beschließen. (Beifall.)

Der Parteivorstand beschloß, die Jugendorganisation in der nächsten Sitzung zu beschließen. (Beifall.)

Der Parteivorstand beschloß, die Jugendorganisation in der nächsten Sitzung zu beschließen. (Beifall.)

gend einer Person. (Sehr richtig). Die antimilitaristische Propaganda aber dürfte nicht im anarchistischen, sondern nur im marxistischen Sinne geföhrt werden. Jedoch gab dann noch einen Ueberblick über den Stand der Bewegung und schloß mit der Hoffnung auf eine Ausdehnung des Verbandes im Hinblick auf die Mannheimer Parteitagsbeschlüsse.

Die Debatte drehte sich hauptsächlich um ein Strafmandat, das die Mannheimer Parteidorganisation wegen des militärischen einer roten Fahne auf dem Auszug nach Heidelberg bekommen hat. Von mehreren Rednern wurde betont; daß es sinnlos sei, die jungen Leute hinter einer roten Fahne herlaufen zu lassen, ohne daß sie wüßten, um was es sich eigentlich handele. Diese Erziehung zu einem Vorsozialismus sei wertlos und andererseits brauche man sich doch die Polizei nicht mitzubringen auf den Hals zu laden. Von anderer Seite wurde dem gegenüber gehalten, daß es sich nicht darum handele, die jungen Leute zu Diplomaten zu erziehen, sondern zu Kämpfern. Die wissenschaftlichen Vorträge würden den jungen Leuten bald unendlich überflüssig sein. Man müsse den revolutionären Geist bei ihnen großziehen, dann fähle man sie auch an die proletarische Organisation, während man sie auf der anderen Seite den Anarchisten in die Arme treibe. Vor allem müsse man die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Jugendorganisation lenken. — Die linksgerichtete Heidelberger Fahne war inzwischen von der Polizei freigegeben worden und wurde unter großer Beileerheit in den Saal geschafft. Im Ueblichen wurden in der Debatte noch allerlei Beschlüssen über die Mitgliedschaft der Vereinigung vorgebracht.

In der Nachmittags-Sitzung

gab ein Vertreter der belgischen jungen Garde eine Uebersicht über den Erfolg der Jugendorganisation in Belgien. Die antimilitaristische Propaganda habe das belgische Meer schon so durchdrungen, daß die Regierung es seit 1902 nicht mehr wage, es gegen streikende Arbeiter auf die Straße zu schicken. Wenn es heute in Belgien zu einem Entscheidungskampf komme, werde mindestens die Hälfte des Meeres auf Seiten der Arbeiter kämpfen. (Beifall.) Allerdings sei das eine Propaganda, wie man sie in Deutschland noch nicht kenne und wie sie auch nur in Belgien möglich sei durch die Agitation in der Kaiserrie.

die Agitation in der Kaiserrie.

Das hiesige Verhören über das neue Verbandsstatut, dessen wesentlichste Änderung die Einbeziehung auch der jugendlichen Arbeiterinnen in den Verband ist.

Ueber die Beschlüsse des deutschen Parteitages der Jugendorganisation berichtete Dr. Frank-Mannheim. Wenn der Parteitags auch nur kurze Zeit für die Frage übrig geblieben wäre, so habe er doch in der allgemeinen Sympathie-Erklärung es den Parteilgenossen zur Pflicht gemacht, die Jugendorganisationen mit allen Mitteln zu fördern. Ihre Hauptaufgabe erblide die Jugendorganisation zunächst in dem Kampf gegen die Ausbeutung der Beihilgen, dann in der Erziehung der jugendlichen Arbeiter zu sozialistischem Denken, und vor allem in der Propaganda gegen den Militarismus. Es sei endlich an der Zeit, daß auch der Proletarier im bunten Kos befreie, daß die heutige Heeresorganisation ebenso wenig ewigen Bestand habe, wie die heutige Gesellschaftsordnung. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem auf Antrag Kapstein eine Resolution angenommen war, die die Jugendvereine zum Anschluß an den Arbeiter-Abstinentenbund verpflichtet, sprach Dr. Liebknecht: Berlin über

„Jugend und Militarismus“

Der Militarismus sei eine besonders raffinierte Organisation, mit deren Hilfe die Bourgeoisie das Proletariat in den Dienst einer ihm fremden, ja feindlichen Klasse stelle. Durch den Schulunterricht, die religiöse Erziehung, durch die bunten Uniformen, durch die Auszeichnungen und nicht zuletzt durch die eiserne Disziplin, die militärischen Handlungen und militärische Urteile werde das Proletariat in den Dienst des Militarismus gezwungen. Eine Abrüstung sei so lange nicht denkbar, als die Staaten noch verschiedene Interessen hätten und koloniale Ausbeutungspolitik betrieben. Aber immer mehr trete in den Vordergrund als Aufgabe des Meeres der Kampf gegen den inneren Feind. Das habe jeder am 21. Januar in Berlin sehen können, als die geladenen Kanonen durch die Straßen der Stadt rollten. Gegen den Militarismus habe die Sozialdemokratie bisher, das sage er trotz Weber, so gut wie nichts getan. Allerdings sei das auch die wichtigste Frage der sozialdemokratischen Politik, denn kein werden die Opfer nicht sein, nachdem der Kaiser den Antimilitarismus die Geißel der Wölfer genannt habe und dem französischen Schriftsteller Gaston Menier in der jüngsten Unterredung das Angebot gemacht habe, mit Frankreich — dem Erbfeind — eine internationale anti-militaristische Liga zu gründen. Was daher im einzelnen zu tun sei, soll eine Kommission erfahrener Parteilgenossen und Juristen erst cusfindig machen. Es wäre auch möglich, daß der Militarismus erst überwunden würde, wenn der mit ihm verbundene Kapitalismus überwunden sei. Um diesen zu untergraben, gelte es schon jetzt und möglichst rasch den Kampf gegen den Militarismus aufzunehmen. (Stürmischer Beifall.)

Der Magdeburger Landfriedensbruchprozess.

(Eigener Bericht.) Der Prozess für den zwei Verhandlungstage vorgesehen waren, wurde, wie bereits kurz gemeldet, noch am Freitag spät Abends zu Ende geführt. Bei der Vernehmung der Angeklagten erklärt der Angeklagte Bauarbeiter Buhse, daß er bei dem Streit der Kuischer nicht beteiligt war. Bonbons hat er an Kinder verteilt, aber schon Morgens zu einer Zeit, zu der von dem zur Rede stehenden Vorfall noch keine Rede war. Der Angeklagte hat gesehen, daß eines der Kinder geworfen hat. Als einer der arbeitwilligen Polen mit der Forke drohte, will er diesem zugerufen haben: „Das gib's aber nicht!“, worauf ihn der Führer Kraushaar einen „toten Franzosen“ geschimpft habe. Er habe darauf wieder geschimpft. Als der Führer ein Kind, das geworfen hatte, schlagen wollte, habe er ihn davon zurückgehalten. Dabei seien aus der Menge die Worte gefallen: „Wenn Du das Kind schlägst, schlage ich Dich vor den Brägen!“. Die Ursache der Anspannung kennt der Angeklagte nicht. Verteidiger Rechtsanwalt Landsberg führt sie darauf zurück, daß Kraushaar gedroht hätte, die Lohnforderung sei gerecht, er werde keinen Arbeitswilligen einstellen. Nachdem er es nun doch getan, sei die Menge der Streikenden erwacht. — Der andere Hauptangeklagte, Kuischer Wäcker, soll sich besonders hervorgetan haben und der einzige gewesen sein, der auf die Schulleute schimpfte. Der Angeklagte bemerkte dazu, daß er gesagt habe, als er verhaftet werden sollte: „Dah' sie nur kommen; ich nehme an jeden Arm zwei und dann gehen wir los.“ — Der Angeklagte Kuischer Wäcker gibt an, von einem Rade eines Wagens der Polen den Vorführer abgezogen zu haben, jedoch die Wagenkapel zur Erde fiel. Der Angeklagte Wäcker hat ihn dazu veranlaßt, was dieser zugibt. Der Vorfall hat sich aber vor der Zusammenrottung zugetragen. Der Angeklagte Kuischer Wäcker soll unter den Erochlenen der einzige gewesen sein, der den Versuch machte, ebenfalls zu werfen. Er bestreite das aber, obgleich ihn der Mitangeklagte denige belafte. Angeklagter Kuischer Wäcker an nun hat als Kabfahrer Streikposten kontrolliert und, wie er angibt, auf Veranlassung eines Wachtmeisters den Reuten zugerebet, wegzugehen. Die übrigen Angeklagten bestreiten ausnahmslos, sich in der Menge aufgehalten zu haben. Verurtheilung ihnen wollen

sich in eine in der Nähe befindliche Sandgrube: hingesetzt und von dort aus den Vorfall beobachtet haben. Die meisten von ihnen haben auch gesehen, daß die Kinder mit Steinen nach den auf den Ader befindlichen Personen geworfen haben.

Die Zeugenaussagen beginnen mit dem Verhöre des Führers Kraushaar. Er gibt an, der Lohnbewegung nicht unympathisch gegenübergestanden zu haben. Er konnte aber nichts bezeugen, weil der Arbeitgeberverband ihm das nicht erlaubt. Erst später erhielt er die Erlaubnis, 24 Mark Wochenlohn zu bewilligen. Die tägliche Befähigung durch das viele Streikposten sei ihm unangenehm gewesen. Das Verprechen, seinen Arbeitswilligen einzustellen, will er nicht gegeben haben. Zeuge ist von mehreren Steinwürfen getroffen worden, jedoch ohne Verletz zu werden. Mit Knüppeln sei gedroht worden, gemeine Redensarten seien gefallen und der Bauarbeiter Ruhe habe gerufen: „Hättest Du meinen Jungen gefolgt, dann hätte ich Dir den Brägen ausenandergeschlagen.“ Er habe darauf den Ruhe einen „toten Franzosen“ genannt und gesagt: „Wenn et was passiert, dann ordentlich darauf los!“ Auf Befragen gibt der Zeuge an, daß er den Jungen geschlagen hätte, wenn er ihn erwischt hätte. Vom Angeklagten Wäcker behauptet Kraushaar, daß er rühmend gesagt habe, er nehme an jeden Arm zwei Schulleute. — Zeuge Kraushaar jun. ergänzt die Aussagen seines Vaters. Die Personen auf dem Ader seien sämtlich getroffen worden. Die Schulleute Wäcker und Wäcker bildeten den Doppelposten zum Schutze der Polen. Sie wüßten von schweren Ausfertigungen nichts zu berichten. Nur Ruhe und Wäcker hätten sich hervorgetan. Die Schulknaben Müller, Mangold und Grob belafsen den Kuischer Wäcker mit der Aussage, daß dieser sie zum Werfen mit Steinen aufgefordert habe. Der Knabe Wäcker kennt niemand von den Männern, die zum Werfen mit Steinen aufforderten. — Der Schulmann Koch, der zur Abführung des Doppelpostens gehörte, behauptet von dem Kabfahrer Hartmann, dieser habe zu der Menge gesagt: „Werben Sie ruhig da; die Schulleute haben Ihnen nichts zu sagen!“ Der Zeuge glaubt, Hartmann sei immer hin und her gefahren, um immer mehr Leute heranzuziehen. Er, Zeuge, habe um Verklärung telephoniert und dies die Menge auch wüßten lassen. Vert. R.-M. Landsberg macht darauf aufmerksam, daß der Zeuge Koch bei seiner polizeilichen Vernehmung gesagt hat, Hartmanns Aeußerung habe gelautet: „Niemand kann Euch etwas tun“, während er heute sagt, die Aeußerung habe gelautet: „Die Schulleute haben Euch nichts zu sagen.“ Auf Befragen bekennt Zeuge, daß er von Steinwürfen nichts gesehen habe. Auch der Schulmann Mangold, der zur Postenabfuhr gehörte, weiß weiter nichts Erhebliches zu bekunden, als daß Ruhe und Wäcker gedroht und geschimpft haben.

Nach der unerheblichen Aussage einiger Zeuginnen wird auf die übrigen Zeugen verzichtet und die Beweisaufnahme geschlossen. — Es folgen die Plädoyers. Staatsanwalt-Silberbrandt ersucht bezüglich der Angeklagten Ruhe, Wäcker, Purgahn, Appel, Wäcker, Birgam, Grot, Oppermann, Hartmann und Ramm um Befreiung der Schulfrage, die übrigen Angeklagten seien wohl freizulassen. Aus dem Plädoyer des Staatsanwalts ist bemerkenswert, daß er auf die Verurteilung Hartmanns weniger Wert legt, denn es habe keine Bedeutung, ob einer mehr oder einer weniger verurteilt werde. — Verteidiger Rechtsanwalt Landsberg geht eingehend auf die Begebenheiten ein und sucht nachzuweisen, daß die Voraussetzungen des Vergriffs Landfriedensbruch nicht gegeben seien. Höchstens könne Wäcker Anstiftung zu gefährlicher Körperverletzung nachgewiesen werden. Im übrigen müsse er aber Freisprechung aller Angeklagten erfolgen. — Verteidiger Rechtsanwalt Seine betont besonders die Notwendigkeit, daß die Menge und nicht Einzelne Gewalttätigkeiten begehen müßten, um den Begriff Landfriedensbruch zu erfüllen. Der Verteidiger erkennt die taktvolle Ruhe und Zurückhaltung der Polizei an, ohne die es wohl zu größten Ausschreitungen gekommen wäre. Auch er ersucht, die Schulfragen zu verneinen. Nach kurzer Replik des Staatsanwalts und einer Duplik der Verteidiger ziehen sich die Geschworenen zur Beratung zurück. Nach reichlich anderthalb Stunden Dauer derselben wird der Wahrspruch verkündet, der die Angeklagten Ruhe, Wäcker, Birgam, Grot und Appel schuldig und die übrigen Angeklagten nichtschuldig spricht. Der Staatsanwalt beantragte gegen Ruhe 6 Monate, gegen Wäcker 9 und gegen Birgam, Grot und Appel je 3 Monate Gefängnis wegen einfachen Landfriedensbruchs. Das Urteil des Gerichts lautet dem Strafanzug entsprechend. Ruhe und Wäcker, die der Rädelsführer für schuldig gefunden wurden, werden mildernde Umstände zugestanden. Der Haftbefehl wird aufgehoben und den Verurteilten die Untersuchungshaft teilweise angerechnet. Schluß 10 Uhr Abends.

Die russische Revolution.

Fährt der Zar nach Kopenhagen?

Die „Nationaltidende“ in Kopenhagen meldet: In dem hiesigen naheliegenden Kreises verläutet, daß die russische Kaiserfamilie zum Besuch des königlichen Hofes für die erste Hälfte Oktober hier erwartet wird. Der Kaiser werde bei der königlichen Familie im Schlosse Fredensborg Wohnung nehmen. Nach einer anderen Meldung wird die Fahrt des Zaren nach Kopenhagen jedoch bestritten. Was kann das eine wie das andere auch höchst schmutzige sein.

Ein Preis auf den Kopf des Zaren

Wie die Wiener „Zeit“ mitteilt, in einem von Gent ausgehenden Flugblatt ausgelegt worden, das in tausenden von Exemplaren in Rußland verbreitet wird.

Einschermung der kaiserlichen Villa in Rarzöje-Ftelo.

Die „Petresburger Zeitung“ meldet: In der Villa des kaiserlichen Joademiers in Rarzöje-Ftelo brach ein Brand aus, der die Villa fast völlig einäscherte. Viele kostbare Gegenstände sind dabei mitverbrannt. Es ist dies seit einiger Zeit der dritte Brand. Man vermutet, daß eine Brandstiftung vorliegt.

Wichtige Arbeit.

Bei Kopenhagen (Niga) wurden fünf revolutionäre Handrechtlich erschossen.

Partei-Angelegenheiten.

Einen schweren Verlust hat die proletarische Frauenbewegung erlitten.

In München ist Frau Lea Heiden-Deutschmann nach kurzer Krankheit verstorben. Frau Heiden-Deutschmann war eine der eifrigsten und hoffnungsvollsten Wortkämpferinnen für die proletarische Frauenbewegung, für die sie in Wort und Schrift tätig war.

Die „Mitteldeutsche Sonntagszeitung“

das Wochenblatt unserer heillosen Parteilgenossen zu Gießen, nimmt in ihrer Nr. 39 vom 30. September Abschied von ihren Lesern. 12 Jahre hat sie für die Sozialdemokratie gewirkt. Man macht sie der „Oberhessischen Volkszeitung“ Platz, einem größeren Organ, das den geringeren Bedürfnissen des Proletariats im Verbreitungsgebiet der „Mitteldeutschen“ besser entsprechen soll.

Arbeiterbewegung.

Christliche Gewerkschaften sind nicht neutral!

Das besteht jetzt das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften ein, indem es zur Frage der Einigung der Dergarbeiterorganisationen schreibt: „Nein, auch die christlichen Derglernte würden sich mit einem solchen neutralen Beistand nicht

zufrieden geben und der größte Teil von ihnen würde mit Recht eine Organisation nach ihren Grundfragen schaffen.“

Eine Zentralisierung der Gewerkschaften

ist unter den jetzigen Verhältnissen ein Umling. Die Pflicht vor der Popularität des Einigungsbedankens muß ungeneher groß sein bei den schwarzen Drahlschneidern, daß sie sich dieses Geständnis haben entschließen lassen.

Da versteht man erst, weshalb sich die Zentrumspresse mit solchem Eifer gegen die Einigung ins Zeug setz unter der Führung August Bruffs, des vom Gewerkschaften Abgelagerten.

Der Mitgliederchwund des christlichen Dergarbeitervereins.

Der Gewerkschaften christlicher Dergarbeiter würde gern eine Abrechnung liefern, wenn die eingehenden Beiträge — wenigstens 1,000 Mitglieder nachweisen. Unter diesen Umständen begreift man vieles. Die g. B. die merkwürdige Bestimmung für das Gewerkschaftsamt in Aach, daß nach dem Feste alle Unorganisierten ohne Eintrittsgeld in den Gewerkschaften aufgenommen werden. Auf welchem und welchem Wege ist offenbar kein Dergarbeiter mehr zur Zahlung des Eintrittsgeldes zu bewegen. Die auf dem spiritistischen Wege des Krader Festes Gewonnenen werden aber die Beiträge ebenso schuldig bleiben, wie die vertriebenen Zehntrugende, die noch immer auf dem Dergere der Mitgliederliste stehen, in der Abrechnung aber nicht nachgewiesen werden können. Danach begreift man auch die im Zeichen der Lohnbewegung sonst geradzu unverständliche kämpfische Agitation gegen die Verschmelzung der bestehenden Dergarbeiterorganisationen. Diefelbe wäre unverständlich, wenn die Leute nicht den Mitgliederchwund unmittelbar auf die Popularität des Einigungsbedankens zurückführten. Aber sie treiben den Zweifel mit Beiseitigung aus!

Auf dem Hüttenwerk „Rote Erde“

saub Sonnabend Vormittag eine von der Lohnkommission drei ausständigen Arbeiter nachsuchte Besprechung mit der Direktion statt. Laut Mitteilung der Direktion wurde der Kommission erklärt, daß die Arbeit nur auf Grund des von der Direktion schon am 2. August festgelegten unabänderlichen Standpunkts (wonach die geforderte generelle Lohnausbesserung ausgeschlossen ist) wieder aufgenommen werden könne. Die Frage, ob sich die Arbeiter auch auf diesen Standpunkt gestellt habe, konnte die Lohnkommission nicht beantworten. Dem Vernehmen nach werden die ausständigen Arbeiter am nächsten Dienstag eine große Versammlung veranstalten, in der zu der Eröffnung der Direktion Stellung genommen werden soll. So melben bürgerliche Blätter. Inzwischen sind zahlreiche Agenten bemüht, die ausständigen Arbeiter für andere Gegenden zu engagieren. Wontag werden wiederum 300 Arbeiter Aachen verlassen.

Die Auslieferung der Gummiarbeiter und Arbeiterinnen der Gummi-Fabrik Carl Seibisch, Aktien-Gesellschaft Frankfurt a. M.

Hinderab dauert unverändert fort. Zugang ist streng fernzuhalten.

Zum neuen Stettiner Hafnarbeiterkreis

läßt sich mitteilen, daß zwischen einer Abordnung der Verbandshafnarbeiter und der Direktion der Neuen Dampfer-Kompanie zwecks Beilegung des Ausstandes bereits Verhandlungen stattgefunden haben, die mehrere Stunden lang dauerten. Es kam aber zu keinem Frieden, da die Arbeiter die Arbeitswilligen absolut nicht entlassen wollen. Die Streikenden haben nunmehr das Einigungsamt des Gewerbegerichts anrufen. — Wie die „Stettiner Zeitung“ meldet, haben die Hafnarbeiter der Neuen Dampfer-Kompanie, welche infolge der Nichtbewilligung ihrer Forderungen, die seit dem letzten Streit noch beschäftigten Arbeitswilligen zu entlassen, die Arbeit niedergelegt hatten, die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen.

Dergarbeiterfreiz in England.

In Glasgow haben 7000 Dergarbeiter wegen Lohnunbilligkeiten in den Ausstand getreten.

Aus den Gerichtssälen.

Auflösung einer Versammlung wegen Erörterung von

Waffenstreik und Straßendemonstrationen.

Der Genosse Rebakteur Arthur Crispian hielt am 14. Januar 1906 in einer Versammlung im Ludwigshof zu Königsberg einen Vortrag über „Waffenstreik und Straßendemonstration“. Die Versammlung wurde während des Referats aufgelöst und der Polizeipräsident billigte die Auflösung unter Bezugnahme auf die Bestimmung des § 5 des preussischen Vereinsgesetzes, wonach die Auflösung einer Versammlung erfolgen kann, wenn in der Versammlung Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalten. Und zwar stützte sich der Polizeipräsident auf die Notizen des überwachenden Polizeikommissars. Danach soll Crispian bei Erörterung des Kampfmittel des Proletariats gesagt haben: Welche Waffen haben wir? Wir haben die Presse, das Vereins- und Versammlungsgesetz, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, das Wahlrecht. Wenn uns nun diese Rechte genommen werden, dann müssen wir zum letzten Mittel greifen: zum Waffenstreik und zur Straßendemonstration. — Bei diesen Worten wurde die Versammlung aufgelöst.

Crispian beschwerte sich wegen der Auflösung beim Regierungspräsidenten und, nach Ablehnung, noch beim Oberpräsidenten, der die Beschwerte ebenfalls „aus den Gründen des Regierungspräsidenten“ verworf. Diese Gründe gingen dahin: Es sei der Voranschlag erörtert worden, Straßendemonstrationen zu unternehmen, wenn gewisse Voraussetzungen eintreten. Straßendemonstrationen würden aber gegen § 17 des preussischen Vereinsgesetzes verstoßen, der die Teilnahme an nicht genehmigten öffentlichen Aufzügen sowie die Aufforderung dazu unter Strafe stelle. Somit sei ein Vorschlag, der eine Anreizung zu strafbaren Handlungen im Sinne des § 5 des Vereinsgesetzes enthalte, erörtert worden. Also wäre die Auflösung berechtigt. Die Behörden gingen davon aus, daß die Notizen des Polizeikommissars richtig seien.

Erstien lagte dann gegen den Oberpräsidenten von Opprebren beim Ober-Verwaltungsgericht. Er bestritt, wie schon in den Beschwerten, die Richtigkeit der polizeilichen Notizen. Die Auflösung sei erfolgt, als er ausgeführt habe: Wenn uns das Vereins- und Versammlungsgesetz genommen werden sollte, wenn man die Organisationen der Arbeiter zertrümmere, wenn uns das Wahlrecht entzogen werden sollte, dann würde es zum Waffenstreik und Straßendemonstrationen kommen, weil . . . Bei diesem Wort sei er durch die Auflösung unterbrochen worden. Die ganze Presse Königsbergs habe im Sinne seiner Rede über die Rede berichtet. Durch die Abschneidung des Wortes sei es ihm unmdglich geworden, zu erörtern, ob und unter welchen Umständen die letzten Mittel überhand nehmen können. Er habe keinen Vorschlag erörtert, der eine Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalte. Er habe nur das Gesetz und das Verlangen geäußert, was kommen würde, wenn dem Volke seine Rechte genommen werden sollten. Im übrigen brauchen Waffenstreik und Straßendemonstrationen überhaupt nichts gegen Gesetze verstoßen.

Der erste Senat des Ober-Verwaltungsgerichts indes jedoch die Klage ab. indem er annahm, daß Crispian einen „Vorschlag“ erörtert habe, der eine Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalte. Um diesen Zeitstand zu schaffen, bedürfte es nicht einer Einweisung seiner Handlungen. Es genüge die Erörterung eines Vorschlags, der eine Anreizung dazu in sich schließt. Und das sei hier anzunehmen. Die Auflösung der Versammlung wäre deshalb gerechtfertigt.

Ein Nachspiel vom Stettener Eisenbahnarbeiter

Bei der letzten Strafkammer des Stettener Obergerichtes wurde am 27. September ein Prozess verhandelt, dem das so folgenschwere Stettener Eisenbahnarbeiter als Grundlage diente. Wegen Verleitung zum Ungehorsam gegen die Befehle des Bedienungsbefehlshabers wurde der Arbeiter des Stettener Eisenbahnarbeiters Paul Fand' zu verurteilt. Im Anschluß an die Bekanntmachung des preussischen Abordnetensamtes über die

...brachte hatten, bekamen, weil sie durch das Betrügen eines fremden ...

Brandstiftung.
Vor dem Breslauer Schwurgericht hatte sich am Sonntag ...

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 1. Oktober.

Verleumdungskünste der „Schlesischen Zeitung“.

In der Mannheimer „Volkstimme“, unserem dortigen ...

Obwohl wir bereits kurz gemeldet haben, daß der Verein ...

Bäckermeisterliche Kampfrufe!

Was schreibt uns: Das vorige Woche von den organisierten ...

...brachte hatten, bekamen, weil sie durch das Betrügen eines fremden ...

Unser Leitungswasser bestand nach der letzten ...

Amerikanisches Komitee in Breslau. Der Schwäbisch ...

Die Dreierkonferenz für Arbeiter hält Sonntag, ...

Arbeiterbildungsvereine. Einem soeben ...

Nach Katalonien. Geheimrat Reiller, Professor für ...

Lehrerbildungsanstalt. In der Lehrerbildungsanstalt ...

Schwerer Straßenfall. Für Schweiß und Meiler werden ...

Proletarier-Lös. Sonntag Mittag gegen 11 1/2 Uhr ...

Strohlen wurden einem Reisenden in einem Café ein ...

Verurteilung eines Diebes. Am 26. v. M. Nachmittags kam ...

Aus Schlesien und Polen.

Neuestes vom Kulturkampf in der Ostmark.

die Kinder und die Eltern zur Aufgabe ihres Widerstandes ...

Einen ähnlichen Verlauf nahm die am vergangenen Mittwochs ...

Wir durch die Gemeindefassen Gewählten und hier ...

Nach der Ueberreichung dieser Resolution entfernten sich ...

Stiquis, 1. Oktober. Was der „Friede im Frieden“ ...

Striegau, 1. Oktober. Herr Prediger Tschirn ...

Striegau, 1. Oktober. Unfälle. Dem Lohnarbeiter ...

Grünberg, 1. Oktober. Die Weinlese mußte diesmal ...

Stiene, 1. Oktober. Die Weinlese mußte diesmal ...

Stiene provinzielle Nachrichten.

Bei Ausführung von Reparaturarbeiten stürzte der Dachdecker ...